ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 11. Februar 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 4

BAYERISCHE
# GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

# Impulse für die Integrationspolitik

**„Fachkommission Integrationsfähigkeit“ mit Landrat Stefan Löwl übergab Bericht an Kanzlerin Merkel**

**Gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der „unabhängigen Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit“ hat Dachaus Landrat Stefan Löwl Kanzlerin Merkel den digitalen Abschlussbericht der Kommission übergeben. Dieser enthält eine Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen, gesellschaftlichen und demografischen Rahmenbedingungen für Integration sowie Impulse und Empfehlungen, wie diese weiterentwickelt werden können.**

Der Bericht ist ein Auftrag aus dem Koalitionsvertrag. Landrat Löwl war als einer von 25 (zuletzt 24) Expertinnen und Experten aus verschiedenen wissenschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Bereichen, die sich seit vielen Jahren mit Prozessen der Migration und Integration beschäftigen, durch die Bundesregierung in die Fachkommission berufen worden.

Landratsamt Dachau

Landrat Stefan Löwl. ❐

### Empirische und / oder wissenschaftliche Wahrnehmung

Als lokaler Verantwortungsträger sei die Arbeit in der Fachkommission interessant und bereichernd gewesen, urteilte der Landkreischef, „zeigte mir aber auch deutlich die Differenzen zwischen der empirischen, wissenschaftlichen Wahrnehmung und den lokal vor Ort zu lösenden Problemen und vielschichtigen Rahmenbedingungen. Die Herausforderung vor Ort, humanitäre, richtige und rechtmäßige Lösungen auf alle Einzelfälle unter Beachtung der jeweiligen lokalen Situation zu finden, und die generelle Frage der Rolle der Kommunen bei der Integration, auch außerhalb der Großstädte, mit den verschiedenen Interessen- und Ressourcenkonflikten, haben wir bei unserer Arbeit daher intensiv diskutiert.“

Der Fokus der Beratungen lag auf dem Zusammenhang von Migration und Integration sowie den Themenfeldern Sprachförderung, Arbeitsmarktintegration, Bildung, Wohnen und Gesundheit. Auch der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Gefahren durch Rassismus, Rechtsextremismus und Terrorismus werden im Bericht adressiert. Mögliche Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Integrationspolitik wurden ebenfalls beleuchtet. Der Abschlussbericht enthält folgende 14 Kernbotschaften, die als Impulse für die künftige Integrationspolitik dienen sollen.

### 1. Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland

Deutschland hat sich in Europa zum mit Abstand wichtigsten Zielland für Migration entwi-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

**Bayerische GemeindeZeitung**

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

*Bayerisches FachkräfteForum in den Landkreisen München und Starnberg:*

# Wirtschaftsstandorte nachhaltig sichern

**Über alle Branchen hinweg wird der Ruf nach qualifiziertem Personal lauter. Viele Betriebe richten ihr Augenmerk auf die unterschiedlichen Potenziale und Möglichkeiten, dem eigenen Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Wie man Fachkräfte mit Migrationshintergrund gewinnen kann, darüber informierte das Bayerische FachkräfteForum in einem Online-Gemeinschaftsseminar der Landkreise Starnberg und München. Ziel der Veranstaltungsreihe – initiiert von Bayerischem Landkreistag, Migra-Net – IQ Netzwerk Bayern und der Bayerischen GemeindeZeitung mit freundlicher Unterstützung des Bayerischen Integrationsministeriums – ist es, den Wirtschaftsstandort Bayern nachhaltig zu sichern.**

Wie Anne Güller-Frey vom MigraNet – IQ Netzwerk Bayern eingangs ausführte, ist MigraNet als eines der 16 Landesnetzwerke Teil des bundesweiten Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ und vernetzt seit 2005 relevante Organisationen, Einrichtungen, Institutionen, Unternehmen und Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, um die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern nachhaltig zu verbessern.

### Zahlreiche Netzwerkpartner

Die 16 Landesnetzwerke werden von fünf Fachstellen begleitet, die bundesweit migrationsspezifische Themen bearbeiten. Im Freistaat bündelt MigraNet – das IQ-Netzwerk Bayern 41 Teilprojekte mit 25 verschiedenen Netzwerkpartnern.

Von verbesserter Integration in den Arbeitsmarkt profitieren Wirtschaft und Gesellschaft. MigraNet wird von vielen strategischen Partnern unterstützt, die das Potenzial von Menschen mit Migrationshintergrund als wichtigen Zukunftsfaktor sehen. Zu den Netzwerkpartnern zählen unter anderem die Bundesagentur für Arbeit, Arbeitgeberverbände, Bildungsträger, Kommunen, Kammern, Gewerkschaften und Migrantenorganisationen.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Landrat Christoph Göbel. ❐

Landrat Stefan Frey sprach sein virtuelles Grußwort in seinem Amtszimmer; im Hintergrund Moderatorin Anne Güller-Frey von MigraNet. Bild: Bayerische GemeindeZeitung

*Deutscher Landkreistag:*

# Licht und Schatten im Zeichen der Pandemie

**Der Deutsche Landkreistag begrüßt die Unterstützung der Bundeswehr bei Corona-Testungen in Pflegeheimen und Behinderteneinrichtungen. Mit ihrem Kabinettsbeschluss habe die Bundesregierung eine bürokratische Hürde aus dem Weg geräumt, stellte Verbandspräsident Landrat Reinhard Sager fest. Diese Klärung komme zwar spät, sei aber sehr wichtig. „Über den Einsatz freiwilliger Helfer in den Heimen reden wir seit kurz vor Weihnachten mit dem Bund. Dabei mussten viele praktische und rechtliche Probleme gelöst werden.“**

Sager sprach sich dafür aus, sich auf die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen zu konzentrieren: „Die Bedarfe in den Einrichtungen vor Ort sind sehr unterschiedlich. Wir haben es hier nicht mit einem flächendeckenden Personalproblem der Heime zu tun, sondern schätzen, dass ungefähr ein Viertel die Testungen nicht aus eigener Kraft stemmen kann und demnach Hilfe braucht.“

### Landkreise bündeln Daten

Die Landkreise sind bei der Ermittlung der Personalbedarfe bei den Heimträgern behilflich und bündeln die entsprechenden Daten, soweit nicht das Land dies bereits übernommen hat. Schulungen von freiwilligen Helfern wird das Deutsche Rote Kreuz durchführen. „Bis zum Einsatz der Freiwilligen liegt das Angebot der Bundeswehr vor, kostenlose Amtshilfe zu leisten und die Testungen zu unterstützen. Von dieser Möglichkeit werden sicherlich viele der betroffenen Einrichtungen Gebrauch machen“, ist sich der DLT-Präsident sicher.

Als unberechtigt wies Sager die Kritik an den Landkreisen im Zusammenhang mit den Testungen in Pflegeheimen zurück. „Die Landkreise tun alles, um die Teststrategie in Pflegeheimen zu unterstützen. Die Rolle der Landkreise besteht darin, den Bedarf bei den Heimträgern abzufragen, um die Bundeswehr um Amtshilfe zu ersuchen.“ Dort, wo zusätzliches Personal erforderlich sei, könne die Amtshilfe durch die Bundeswehr nur von den Landkreisen und kreisfreien Städten oder von den Ländern beantragt werden, so Sager weiter. „Die Soldaten kommen dann im jeweiligen Heim der privaten Betreiber oder der Wohlfahrtsverbände zum Einsatz. Die Pflegeheime tragen also die Verantwortung für die Arbeit der Soldaten, während die Landkreise den Bedarf ermitteln und die Bundeswehr um Amtshilfe ersuchen. Mit diesem Dreiecksverhältnis ist nicht leicht umzugehen.“

### Arbeit auf Hochtouren

Das Ganze sei ohnehin lediglich auf drei Wochen angelegt. „Länger stehen die Soldaten nicht zur Verfügung. Der Aufwand ist also für alle Seiten hoch. Auch das kann dazu führen, dass es sich manche Heime mittlerweile anders überlegt haben. Wir hätten uns ein einfacheres Verfahren gewünscht, aber wir wollen nicht zurückbli-

(Fortsetzung auf Seite 4)

**Wie beweist man die Ernsthaftigkeit seiner Nachhaltigkeitsstrategie? Nachdem die Stadtwerke sich an einem regionalen Solarpark beteiligen wollen, wird dem Bürgermeister „Greenwashing“ vorgeworfen.** **Seite 11**

*Pläne der Regierungskoalition:*

# Änderung der Kommunalgesetze

**Mehr Handlungsspielraum für Bayerns Kommunalparlamente**

**Mit einem eigenen Gesetzentwurf sorgen die Regierungsfraktionen von CSU und Freien Wählern dafür, dass Bayerns Kommunalparlamente künftig die Möglichkeit haben, bei Sitzungen ihrer Gremien Teilnehmer mit Stimmrecht virtuell zuzuschalten und Corona-bedingt rechtssicher in reduzierter Präsenz zu tagen. Hierzu werden per Gesetz die Gemeindeordnung und weitere Kommunalgesetze entsprechend geändert.**

Dieser Gesetzentwurf der Regierungsfraktionen wurde am vergangenen Dienstag in Erster Lesung im Plenum des Bayerischen Landtags beraten.

### Bessere Vereinbarkeit von kommunalem Ehrenamt mit Familie und Beruf

Konkret können die Kommunen es künftig zulassen, dass Stadt-, Gemeinde-, Kreis- und Bezirksräte auch virtuell mit Stimmrecht an den Sitzungen ihrer Gremien teilnehmen.

Dies war bisher gemäß den Kommunalgesetzen nicht möglich. Diese Regelung wird Corona-unabhängig bis 2022 in Kraft bleiben. Ziel ist, damit künftig auch eine bessere Vereinbarkeit von kommunalem Ehrenamt mit Familie und Beruf zu ermöglichen.

Für die Dauer der Pandemie

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Haftpflicht-Versicherungsschutz für Impfzentren . . . . . .2
Ohne Nachhaltigkeit keine Resilienz . . . . . .2
Wassersensible Siedlungsentwicklung . . . . . .2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
KPV: Ein neues Jahr und alte Herausforderungen. . . . . .3
Biosicherheitsmaßnahmen gegen Geflügelpest . . . . . .4
Kommunikationstechnik • IT • Breitband . . . . . .5 - 8
Smart City – Schaffung von Innovationsräumen . . . . . .7
Diskussion um Clubhouse . . . . . .7
Umwelttechnologien • Ressourcenschutz . . . . . .9
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 10 - 12

*Nicht nur zu Pandemie-Zeiten:*

# Haftpflicht-Versicherungsschutz für Impfzentren

*Von Manfred Raßhofer, Hauptabteilungsleiter Markt und Vertrieb Sondersparten Kompositversicherung, Versicherungskammer Bayern*

**Bei Aufbau und Betrieb von Impfzentren und mobilen Impfteams sind Kommunen aktuell stark eingebunden. Da hier nicht nur faktisch, sondern auch haftungsrechtlich in Teilen Neuland betreten wird, ist ein umfassender Versicherungsschutz unabdingbar. Nachfolgend wichtige Eckpunkte der Absicherung.**

Für Errichtung, Organisation und Betrieb sowie die medizinische Tätigkeit stellt die Versicherungskammer Bayern – entweder über die Kommunale Haftpflichtversicherung oder über eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung – vielfältigen Versicherungsschutz bereit.

### Für die Infrastruktur ist die Kommune zuständig

Für die Infrastruktur rund um das Impfzentrum ist meist die Kommune bzw. das Landratsamt im Rahmen der kommunalen Aufgabenerfüllung oder der Sachaufwandsträgerschaft zuständig. Auch die sich daraus ergebenen Pflichten hat die Kommune zu erfüllen und für etwaige Schäden durch Pflichtverletzung einzutreten. Im Rahmen der Kommunalen Haftpflichtversicherung kann dafür der gleiche Versicherungsschutz wie im übrigen Behördenbetrieb zur Verfügung gestellt werden. Ebenso ist das medizinische Personal kommunaler Krankenhäuser gut abgesichert: Und zwar, wenn es im Rahmen der genehmigten Nebentätigkeit im Impfzentrum tätig wird und ein eigenständiger Versicherungsschutz für die genehmigte Nebentätigkeit mit der Versicherungskammer Bayern vereinbart ist.

### Versicherungsschutz auch für Gebäude nötig

Der Versicherer bietet zudem Versicherungsschutz aus der Anmietung eines Gebäudes zur Bereitstellung als Impfzentrum, insbesondere für die gesetzlichen Haftungen aus der Beschädigung der Mietsache.

Kommen kommunale Kraftfahrzeuge für Tätigkeiten eines Impfzentrums oder des mobilen Impfteams zum Einsatz, sind diese ebenfalls versichert. Denn die Fahrten zur Unterstützung der Impfzentren erfolgen im kommunalen Auftrag. Genauso ist auch die Überlassung der kommunalen Fahrzeuge, z.B. an den Landkreis für den Personentransport, mit abgedeckt.

### Versicherungsschutz prüfen

Während die Versicherungskammer für die Errichtung, die Organisation und den Betrieb eines Impfzentrums durch Dritte Versicherungsschutz anbietet, ist das Betreiben eines Impfzentrums im Regelfall nicht Bestandsteil der regulär versicherten Tätigkeit einer dritten Gesellschaft oder eines Vereins. Deshalb empfiehlt es sich, den Versicherungsschutz genau zu überprüfen und sich im Zweifel umfassend beraten zu lassen.

Die medizinische Tätigkeit in den Impfzentren ist meist über eine kassenärztliche Vereinigung und damit über die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten organisiert. Der Versicherungsschutz der Versicherungskammer Bayern greift für versicherte Ärztinnen und Ärzte sowie das mitversicherte Personal für die medizinische Tätigkeit bei der Corona-Impfung im Rahmen der Berufshaftpflichtversicherung.

Eventuell vereinbarte Einschränkungen des versicherten Risikos oder Einschränkungen zeitlicher Natur sind dabei unerheblich. In besonderem Maße sichert der öffentliche Versicherer damit versicherte Ärztinnen und Ärzten im Ruhestand für alle ärztlichen Tätigkeiten im Impfzentrum ab. Auch die gesetzliche Haftpflicht aus der unsachgemäßen Lagerung der Impfstoffe kommt zum Tragen. Ärztinnen und Ärzte, die bisher keinen Berufshaftpflichtversicherungsschutz genießen und nur für das Impfzentrum tätig sind, können kurzfristig versichert werden.

### Absicherung gegen Regressansprüche

Obwohl diverse Haftungsfreistellungen von staatlicher Seite ausgesprochen wurden, empfiehlt es sich, für die Abwehr unbegründeter Ansprüche und die Regulierung von Regressansprüchen vorzusorgen. Auch dafür sowie zur Klärung des konkreten Versicherungsschutzes im Einzelfall steht die Versicherungskammer Bayern in den schweren Zeiten der Pandemie und darüber hinaus kommunalen Kunden und medizinischen Berufen zur Verfügung.

Abschließend sei erwähnt, dass bei Ansprüchen aufgrund hoheitlicher Handlungen und aus Staatshaftung grundsätzlich der Bund oder das Bundesland haften. Schäden im Zusammenhang mit dem Impfstoff sind zudem über das Infektionsschutzgesetz und das Bundesversorgungsgesetz geregelt. ❐

*Richtigstellung:*

## Zuhören erlaubt – auch nach 21 Uhr

In unserer Ausgabe Nr. 3 vom 28. Januar 2021 haben wir an dieser Stelle darüber berichtet, dass Zuhörer an Ratssitzungen nur teilnehmen können, wenn sie sich an die in Bayern üblichen Ausgangssperren halten. Diese Information ist falsch.

In einer Verlautbarung des Bayerischen Innenministeriums vom 17.12.2020 heißt es: „ Auch die Öffentlichkeit ist durch die bestehende allgemeine Ausgangsbeschränkung und der nächtlichen Ausgangssperre nicht von der Teilnahme an öffentlichen Sitzungen kommunaler Gremien ausgeschlossen. Die Teilnahme ist als triftiger Grund im Sinne von § 2 Satz 1 der 11. BaylfSMV und als ähnlich gewichtiger und unabweisbarer Grund im Sinne von § 3 Nr. 7 der 11. BaylfSMV anzusehen.

Wir bitten, unseren Fehler zu entschuldigen. Das Schreiben des Innenministeriums können Sie hier abrufen: https://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/kub/ims_vom_17-12-2020__b1-1414-11-17_.pdf

*100 Jahre Kommunalversicherung in Bayern und der Pfalz:*

## Vertrauen entsteht über die Zeit

**München. Mit einer Jubiläumsveranstaltung würdigte die Versicherungskammer Bayern unter dem Motto „Stadt, Land, Versicherungskammer“ die Zusammenarbeit mit kommunalen und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen in Bayern und der Pfalz. Vor 100 Jahren wurde unter Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände die Kommunalversicherung ins Leben gerufen. Seit 1921 nimmt die Versicherungskammer Bayern als heute größter öffentlicher Versicherer die Verantwortung für diese Kundengruppe wahr.**

Dr. Frank Walthes, Vorsitzender des Vorstands der Versicherungskammer Bayern, eröffnete die Veranstaltung mit rund 400 Teilnehmern, die Pandemie-bedingt komplett online abgehalten wurde. „Vertrauen entsteht über die Zeit. Gegenseitige Wertschätzung und Verlässlichkeit sind für eine stabile Beziehung nicht weniger bedeutsam. Das Interesse und die Sorge um das Wohl der Menschen sowie die regionale Verwurzelung zeichnen die Versicherungskammer Bayern seit jeher aus“, so Walthes.

Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann betonte die hohe Bedeutung der Versicherungskammer Bayern für die Kommunen: „Auch eine leistungsfähige Kommune ist leider nicht vor schweren Schadensereignissen gefeit.“ Die Kommunalversicherung biete den Gemeinden, Landkreisen und Bezirken die Möglichkeit, sich mit all ihren Einrichtungen gegen unvorhersehbare Ereignisse und damit eventuell einhergehende hohe finanzielle Belastungen unbegrenzt zu fairen Preisen zu versichern.

Aus der Perspektive des Sparkassenverbands Bayern befördert die 100-jährige Partnerschaft zwischen Kommunen und Versicherungskammer Bayern die Fortentwicklung der Regionen, so Sparkassen-Präsident Prof Dr. Ulrich Reuter.

Eine ausführliche Dokumentation der Festveranstaltung veröffentlichen wir in der Bayerischen GemeindeZeitung Nr. 6, die am 18. März 2021 erscheint. ❐

## Wir gratulieren

**ZUM 65. GEBURTSTAG**

Bürgermeister Hans Schaberl
83620 Feldkirchen-Westerham
am 25.2.

**ZUM 60. GEBURTSTAG**

Bürgermeister Peter Ebertsch
96355 Tettau
am 11.2.

Bürgermeister
Konrad Hartshauser
84178 Kröning
am 12.2.

Bürgermeister
Oswald Siebenhaar
91094 Langensendelbach
am 25.2.

Bürgermeister Alfred Stier
95671 Bärnau
am 26.2.

Bürgermeisterin
Luise Hausberger
84171 Baierbach
am 1.3.

**ZUM 55. GEBURTSTAG**

Bürgermeister Manfred Reiner
94372 Rattiszell
am 24.2.

Bürgermeister Frank Stumpf
95119 Naila
am 1.3.

Bürgermeister Rolf Rosenbauer
96253 Untersiemau
am 2.3.

**ZUM 50. GEBURTSTAG**

Bürgermeister
Dr. Stefan Straßmair
85662 Hohenbrunn
am 11.2.

Bürgermeister Harald Lenz
86491 Ebershausen
am 27.2.

**ZUM 45. GEBURTSTAG**

Bürgermeister Thomas Gründl
83670 Bad Heilbrunn
am 27.2.

**ZUM 35. GEBURTSTAG**

Bürgermeister
Michael Schlehlein
91605 Gallmersgarten
am 13.2.

Bürgermeister
Matthias Kohlmayer
94405 Landau a. d. Isar
am 20.2.

**Hinweis in eigener Sache**

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

# Änderung der Kommunal ...

(Fortsetzung von Seite 1)

wird zudem durch die Änderung der Kommunalgesetze die rechtssichere Möglichkeit geschaffen, Entscheidungen, die den Gesamtgremien vorbehalten sind, auf Ausschüsse zu übertragen. Diese Entscheidungen können dann in kleineren Gremien getroffen werden, sodass die Kommunen verlässlich handlungsfähig bleiben.

### Dazu CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer:

„Wichtig ist uns, dass hier nichts erzwungen, sondern vieles ermöglicht wird. Denn wir stehen zur kommunalen Selbstverwaltung. Mit unserem Gesetzentwurf sorgen wir dafür, dass die Gemeinden und kommunalen Gremien die für sie passgenaue Lösung finden“.

### Dazu der Vorsitzende der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion Florian Streibl:

„Wir haben schon sehr früh die Bedürfnisse der kommunalen Gremien in der Pandemie in den Blick genommen und intensiv mögliche Erleichterungen diskutiert. Dabei war es uns wichtig, die Thematik nicht nur auf eine Zuschaltung von Personen zu Sitzungen zu verengen, die derzeit wegen infektionsschutzrechtlicher Anordnungen oder Empfehlungen nicht persönlich an Sitzungen teilnehmen können. Vielmehr geht es uns auch darum, insgesamt rechtssichere und praxistaugliche Lösungen im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung zu gestalten. Eine Öffnung für hybride Sitzungen und weitere Erleichterungen waren dringend angezeigt. Deshalb freuen wir uns, diese Maßnahmen jetzt zur Umsetzung zu bringen, um auch hier die Gesundheit der kommunalen Mandatsträger möglichst umfassend zu schützen und gleichzeitig Handlungsfähigkeit zu gewährleisten.“

### Dazu Innenminister Joachim Herrmann:

„Der Gesetzentwurf der beiden Regierungsfraktionen ist ein Meilenstein für mehr Handlungsspielraum der Kommunen in Zeiten der Corona-Pandemie und darüber hinaus. Er hilft, Infektionskontakte in kommunalen Gremien, bei Bürgermeister- und Landratswahlen, bei Bürgerentscheiden und Bürgerversammlungen sowie bei Ortssprecherwahlen zu vermeiden. Die Entscheidung, inwieweit von den Möglichkeiten Gebrauch gemacht wird, bleibt jedoch bei den Kommunen.“

### Inkrafttreten des Gesetzes noch vor Ostern

Nach der Ersten Lesung am 9. Februar 2021 im Plenum wird das Gesetz dann am 24.2.2021 in einer Sondersitzung im Kommunalausschuss beraten. Das Gesetz soll noch vor Ostern in Kraft treten. ❐

*Virtuelle AKU-Landesversammlung:*

# Ohne Nachhaltigkeit keine Resilienz

**Unter der Leitung seines Landesvorsitzenden Dr. Martin Huber, MdL, hat der Arbeitskreis Umweltsicherung und Landesentwicklung (AKU) der CSU auf seiner virtuellen Landesversammlung mit großer Zustimmung einen Leitantrag mit dem Titel „Die Lehren aus der Pandemie – ohne Nachhaltigkeit keine Resilienz“ beschlossen. Unter den Punkten „Umwelt und Wirtschaft gemeinsam denken“, „Erneuerbare Energien vorantreiben“ und „Nachhaltigkeit als Garant für Resilienz“ zeigt der AKU einen Weg auf, wie das ökologisch Nötige mit dem ökonomisch Sinnvollen verbunden werden kann und Bayern zukunftsfähig aufzustellen ist.**

Viele Parteien sehen die Themen Umwelt- und Klimaschutz als Gegenspieler einer starken Wirtschaft und umgekehrt. Für den AKU aber ist klar: Ökologie und Ökonomie müssen gemeinsam gedacht werden. Bayern habe in den Bereichen Mobilität, Energie, Kreislaufwirtschaft, Klimaschutz und Wasser das Potenzial, mit Innovationen und Forschung zum Weltmarktführer einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft zu werden. „Dabei stellt gerade CleanTech, d.h. ökologische, moderne Technologien, die Umweltthemen, Digitalisierung, Sensorik und Industrie 4.0 verbinden, eine große Chance dar“, heißt es in dem Leitantrag.

### Bayerns führende Rolle als Global Player

Um sich eine führende Rolle als Global Player zu sichern, müsse Bayern eine eigene „Clean Tech-Strategie“ entwickeln, „denn für den Technologie- und Industriestandort Deutschland kann die Bedeutung von Umwelttechnik und Ressourceneffizienz gar nicht hoch genug eingeschätzt werden“. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt lag 2016 bei 15 Prozent und wird laut Prognose im GreenTech-Atlas des BMU (2018) bis 2025 auf 19 Prozent steigen. Das weltweite Marktvolumen der Umwelttechnik und Ressourceneffizienz wird sich von mehr als 3,2 Billionen Euro (2016) bis 2025 voraussichtlich auf über 5,9 Billionen Euro erhöhen.

Eine Schlüsselrolle für die ökologische Modernisierung spielen laut AKU intelligente Systemlösungen durch die Vernetzung von Daten.

### Ganzheitliche Verkehrswende

Zur Umsetzung einer ganzheitlichen Verkehrswende gehören für den CSU-Arbeitskreis eine klimafreundlichere Ausgestaltung des Verkehrs, intelligente Verkehrssteuerung und digitale Verkehrskonzepte sowie ein Wechsel im Antriebs- und Kraftstoffmix. Ziel müsse es sein, den ÖPNV attraktiver zu gestalten. Neben der E-Mobilität bestünden noch weitere Möglichkeiten, den Verkehr (insbesondere ÖPNV) klimafreundlicher zu gestalten. Über den Antriebs- und Kraftstoffmix der Zukunft soll der Wettbewerb entscheiden. Neben grünem Wasserstoff könnten auch Kerosin, Diesel und Benzin, die aus erneuerbarem Strom und CO2 hergestellt werden, sowie biomassebasierter Strom der zweiten Generation wichtige Bausteine vor allem für den Flug-, Schiffs-, Zug- und Schwerlastverkehr sein.

Die Herstellung derartiger E-Fuels steht derzeit noch am Anfang ihrer Entwicklung. Um große Mengen zu produzieren, seien massive Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig. Außerdem müssten regulatorische Hürden abgebaut werden.

### Ziel der Klimaneutralität

Mit Blick auf die Energiewende begrüßen die Umweltpolitiker, dass der Gesetzentwurf zur Novelle des EEG das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 auch bei Stromerzeugung und Stromverbrauch gesetzlich festschreibt. „Als Zwischenziel wird für das Jahr 2030 ein Anteil von 65 Prozent erneuerbarer Energien am Stromverbrauch festgeschrieben. Diese Ziele sind ambitioniert und bedürfen aus unserer Sicht einer ebenso ambitionierten Reform des EEG.“

Das EEG müsse derart ausgestaltet werden, dass es den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv anreizt und Innovationen fördert. Gleichzeitig gelte es, die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, sie bei der Energiewende mitzunehmen und zu motivieren, klimafreundliche erneuerbare Energien zu nutzen.

Der AKU fordert, die Anschlussvergütung für ausgeförderte Photovoltaikanlagen so auszugestalten, dass diese unbürokratisch und wirtschaftlich weiter betrieben werden können. Gleichzeitig sei sicherzustellen, dass auch in Zukunft möglichst viele Dächer von Alt- und Neubauten in Deutschland für die Erzeugung von Solarenergie genutzt werden. Die großen Dachflächen müssten genutzt werden und deshalb solle die Grenze, ab der Ausschreibungen stattfinden müssen, mindestens wie bisher bei 750 kW angesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist aus Sicht des AKU auch der Eigenverbrauch zu stärken und der bürokratische Aufwand zu reduzieren. Dazu gehört auch das Thema Mieterstrom. „Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Mietern in den Städten ebenso ermöglichen, an der Energiewende zu partizipieren. Deshalb muss es sich für alle Beteiligten lohnen und es muss unbürokratisch sein“, heißt es.

Neben den Dächern könnten auch weitere Flächen genutzt werden, ohne dass der Druck bezüglich der Flächenkonkurrenz zunimmt. Floating- und Agro-PV seien hier innovative

(Fortsetzung nächste Seite)

V.l.: Prof. Wolfgang Günthert, Christine Degenhart, Prof. Dr.-Ing. Norbert Gebbeken, Dr. Juliane Thimet und Dr. Andreas Rimböck; auf der Leinwand: Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber. Bild: GZ

*Wassersensible Siedlungsentwicklung:*

# Gemeinden erfüllen Klammerwirkung

**Wie können Siedlungen vor dem Hintergrund zunehmender Dürre und Hochwasserkatastrophen auch in Zukunft lebenswert und attraktiv sein? Die Antwort lautet für Städte und Gemeinden: Wassersensible Siedlungsentwicklung. Dazu hat ein breites Bündnis aus Bayerischem Umweltministerium, Landesamt für Umwelt, DWA-Landesverband Bayern, Architekten- und Ingenieurekammer sowie Städtetag und Gemeindetag im Rahmen einer digitalen Pressekonferenz im Presseclub München den Leitfaden „Wassersensible Siedlungsentwicklung" vorgestellt. Die Novelle der Bayerischen Bauordnung wurde in der Diskussion kritisch hinterfragt. So wurde der Appell nach mehr Ruhe und Weitsicht vor Schnelligkeit in der Städteplanung laut. Die Einführung der Genehmigungsfiktion verhindere zudem den wichtigen Dialog zwischen Gemeinden und Bauherren.**

In der Stadt Pfaffenhofen an der Ilm zahlen Bürgerinnen und Bürger eine gesplittete Abwassergebühr. Wer wenig oder gar kein Niederschlagswasser in die Kanalisation fließen lässt, wird mit geringeren Abgaben belohnt. Für alle anderen bietet sie einen Anreiz, Freiflächen zu schaffen, in denen das Regenwasser versickern kann oder in Zisternen gesammelt wird. Thomas Herker, Oberbürgermeister der Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm, zeigt mit dieser Initiative, wie's funktionieren kann: ein wassersensibler Umgang mit Regenwasser. Dieses Thema stand im Fokus der Diskussionen im Rahmen der Pressekonferenz.

Herker setzt bei der Umsetzung von ressourcenschonenden Maßnahmen auf breiten Konsens: „Was es bei all diesen Vorhaben braucht, ist der politische Wille und eine Verwaltung die mitmacht. Es braucht Planer, Architekten und Ingenieure, die nicht nur nach ‚Schema F' verfahren, sondern innovative Ideen einbringen und es braucht engagierte Bürger, Anlieger, Eigentümer und Investoren."

Oberbürgermeister wie Herker bezeichnete Dr. Juliane Thimet als Generalisten, die in diesem Thema „Unglaubliches leisten müssen". Sie nahm als Stellvertreterin des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds beim Bayerischen Gemeindetag und in Vertretung für den Bayerischen Städtetag an der Konferenz teil.

### Was ist eine Schwammstadt?

Die Anpassung an den Klimawandel ist für Städte und Gemeinden eine der größten Herausforderungen. Dabei wird der Umgang mit dem Rohstoff Wasser im aktuellen Spannungsfeld zwischen Hochwasserkatastrophen und Dürren sowie der Schaffung von mehr Biodiversität und Lebensqualität als wesentliches Schlüsselelement gesehen. Gemeinden sind dadurch auf vielen Ebenen gefordert, diese globalen Themen auf lokaler Ebene anzupacken.

### Neuer Leitfaden

Ein neuer Leitfaden mit einer Vielzahl an zukunftsweisenden Impulsen soll Bayerns Städte und Gemeinden dabei unterstützen, Planungen darauf auszurichten und die Infrastruktur bei Neubau und im Bestand anzupassen. Als ein wichtiger Lösungsbaustein gilt die Schwammstadt. Dabei trifft Regen nicht auf versiegelte Fläche, sondern versickert oder wird gespeichert – beispielsweise durch begrünte Dächer oder Fassaden, eine begrünte Mulde oder ein Rückhaltebecken, das auch als Spielplatz geplant werden kann. Dadurch entstehen Kühlung und Dürrevorsorgung, Grundwasserneubildung und Hochwasserschutz. Die Elemente der Schwammstadt müssen aber schon bei den ersten Ideen zur Siedlungsentwicklung eine Rolle spielen. Denn nur dann können multifunktionale Flächennutzungen sorgfältig geplant werden und der Aufwand begrenzt bleiben.

### Appell nach mehr Ruhe

Thimet machte deutlich, dass Gemeinden an dieser Stelle eine „Klammerwirkung" erfüllen. Denn sie seien von allen wesentlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge betroffen: Sie sind zuständig für städtebauliche Planungen, erteilen Baugenehmigungen und sie sind auch die Träger der Aufgaben der Wasserversorgung und Wasserentsorgung. „Vom Einstieg in Bauprojekte bis zur Finanzierung und strategischen Planung nach Abschluss des Bauvorhabens wirken Gemeinden wie eine Klammer", erklärte Thimet. Deshalb sei es so wichtig, dass sie Ruhe und Weitsicht in die Planungen und Genehmigungsverfahren einbrächten. Die Novelle der Bayerischen Bauordnung, die ab Februar 2021 in Kraft tritt, kann laut Thimet jedoch Einschränkungen mit sich bringen, weil sie eine schnelle und nicht nachhaltige Abwicklung von Genehmigungsverfahren fokussiert. „Was man auf der Planungsebene übersieht, kann man nicht mehr nachholen. Doch um die Herausforderung einer wassersensiblen Siedlungsentwicklung zu meistern, müssen wir viele Partner an einen Tisch holen, der Netzwerkgedanke und das wirkliche Reindenken sind dabei ganz wichtig", appellierte Thimet.

### Genehmigungsfiktion verhindert Dialog

Sie kritisierte in dem Zusammenhang, dass Wasserversorgung und Entwässerungsplanung nicht Teil der Genehmigungsverfahren seien. Auch die Einführung der Genehmigungsfiktion, mit der Bauvorhaben schneller genehmigt werden können, vertrage sich nicht mit dem Appell nach mehr Ruhe. „Mit den Fiktionen gehen die Beratungsleistungen und der Dialog verloren, die Landratsämter und Gemeinden eingebracht haben. Die Gemeinden sind nicht der Feind der Bauherren, sondern machbare und innovative Lösungen stehen im Fokus, die aber auch Beratung benötigen." Dieser Forderung pflichtete Prof. Dr. Norbert Gebbeken, Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau, bei: „Wir haben immer davor gewarnt, die Planungskompetenz in den Bauämtern abzubauen, worunter die Beratungsleistung leidet."

### Kostenlose Beratungsstelle

Christine Degenhart, Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, stimmte der Kritik zu. Sie deutete aber auch auf einen positiven Aspekt hin. So baue die Genehmigungsfiktion den Druck auf, den digitalen Bauantrag voranzutreiben. Damit könne die Beurteilung eines Bauantrages von mehreren Seiten parallel erfolgen und insgesamt schnellere Ergebnisse erzielt werden. Degenhart hob zudem hervor, dass gerade die Pandemie deutlich mache, wie wichtig es sei, qualitätsvolle Freiflächen zu planen, wenn Menschen in ihrer Freiheit eingeschränkt seien. „Architekten, Stadtplaner, Landschafts- und Innenarchitekten gestalten Räume nicht nur nachhaltig und funktional, sondern sie haben dabei auch im Blick, dass sie Identität stiften und zur Baukultur beitragen", sagte sie. Über die Beratungsstelle Energieeffizienz und Nachhaltigkeit (BEN) können sich Städte und Gemeinden kostenfrei und unabhängig zu eigenen Vorhaben beraten lassen.

### Bürgernah kommunizieren

Prof. Dr.-Ing. Norbert Gebbeken deutete in diesem Zusammenhang daraufhin, wie wichtig eine Sensibilisierung der Bevölkerung für das Thema sei: „Die Gefahr von Starkregen wird von Hausbesitzern oft noch nicht erkannt. Deswegen müssen wir über Möglichkeiten der Gefahrenabwehr informieren. Aber auch die Kommunen sind gefordert, damit Straßen und Quartiere hochwasserangepasst entwickelt oder umgestaltet werden." Es gelte, multifunktionale Barrieren, wie Bäume oder Bäche, in die Stadtplanung zu integrieren. Diese werden von der Bevölkerung oft als Verbesserung der Urbanität angesehen und erfüllten gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz.

### Rechtssicherheit

Prof. Dr. Wolfgang Günthert, Vorsitzender des DWA-Landesverbandes Bayern, sprach die Bedeutung der Rechtssicherheit für Kommunen an: „Alle wasserwirtschaftlichen Maßnahmen zur Anpassung an die Klimafolgen müssen zielführend und rechtssicher sein. Ich empfehle daher die Anwendung der technischen Regeln der DWA für Planung, Bau und Betrieb der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur, um Schäden soweit wie möglich zu vermeiden." Er betonte die Bedeutung des Dreiklangs aus baulichem Schutz, Objektschutz und einer Elementarschaden Versicherung für Grundstücksbesitzer. Günthert bezog sich auch auf mögliche Kooperationen mit dem Verband Garten- und Landschaftsbau Bayern (GaLaBau). „Wir arbeiten zunehmend mit GaLaBau zusammen, indem wir beispielsweise gemeinsam Entwässerungssystem auf begrünten Dächern weiterentwickeln", sagte er. Auch Umweltminister Thorsten Glauber betonte in einer zugeschalteten Videobotschaft, dass eine durchdachte „grün-blaue" Infrastruktur wirkungsvolle Vorsorge leisten könne.

### Leitfaden gratis bestellen

Um das Bewusstsein für den Gedanken der Schwammstadt zu fördern und Verantwortliche zu unterstützten, wurde eine Kooperation der Bau- und Planungsverbände vereinbart. Daraus ist in Zusammenarbeit mit weiteren Partnern – darunter mit dem Bayerischen Städte- und Gemeindetag, dem Landesamt für Umwelt und dem Umweltministerium – der Leitfaden „Wassersensible Siedlungsentwicklung" speziell für Planer und Gemeinden in Bayern entstanden. Dieser zeigt die Zusammenhänge, mögliche Lösungsansätze und zukunftsorientierte Best-Practice-Beispiele wie z. B. Geländemulden in Wohnsiedlungen. Der Leitfaden wird jeder Kommune zugesandt. Unter https://www.bestellen.bayern.de/shoplink/stmuv_wasser_018.htm oder www.bestellen.bayern.de (Stichwort: Wassersensible Siedlungsentwicklung) kann er kostenfrei bestellt oder als pdf-Datei heruntergeladen werden. **red**

## GZ KOLUMNE Stefan Rößle

*Liebe Leserinnen und Leser,*

ich wünsche mir für dieses Jahr, dass wir die Corona-Pandemie wirkungsvoll eindämmen bzw. ein großes Stück gewohnter Normalität zurückgewinnen können.

Das neue Jahr nimmt bereits Fahrt auf und die Corona-Krise ist noch nicht überwunden – ganz im Gegenteil. Jetzt müssen wir mehr denn je gemeinsam mit Umsicht, Vorsicht und Rücksicht gegen diese gefährliche Pandemie vorgehen. Dabei sollten wir jedoch eines nicht vergessen, unsere Zuversicht.

Die Politik auf Bundesebene und im Freistaat nimmt die Lage sehr ernst und handelt, das ist entscheidend! Als CSU gehen wir mit unserem Parteivorsitzenden Dr. Markus Söder entschlossen voran. Auch wenn man es nicht jedem recht machen kann und es auch verständlicherweise hier und da einmal nicht so rund läuft, aber die grundsätzliche Richtung stimmt: Test- und Impfzentren, Maskenpflicht, Ausgangsbeschränkungen, Homeoffice, Staatshilfen für die in besonderer Weise Betroffenen. Ein großer Teil der Bevölkerung zieht mit, leider nicht alle. Sorge bereiten zudem die Mutationen des Virus, die uns vielleicht in Zukunft noch zu weitergehenden Maßnahmen zwingen. Aber wir werden auch diese Herausforderung schaffen.

**KPV: Ein neues Jahr und alte Herausforderungen**

Unsere Kommunen und wir als kommunale Mandatsträger waren 2020 auf mehreren Ebenen besonders gefordert und sind es auch 2021, vielleicht noch umso mehr.

Die Auswirkungen der Corona-Krise gefährden die Finanzlage der Kommunen sowie die langfristige Investitionsfähigkeit vor Ort. Erste gemeinsame finanzielle Unterstützungen von Bund und Freistaat, u. a. in Form der Corona-bedingten Gewerbesteuerkompensationen, sind bereits angekommen. Dennoch bleibt auf diesem Gebiet großer Handlungsbedarf, da insbesondere die Auswirkungen für die lokale Wirtschaft noch nicht absehbar und örtlich völlig unterschiedlich sind.

Wir brauchen als Kommunen von den staatlichen Ebenen auf jeden Fall eine Garantie, dass die zu erwartenden Einnahmeausfälle zu großen Teilen auch weiter kompensiert werden.

Die kommunale Investitionskraft muss aus mehreren Gründen erhalten bleiben. Zum einen, um die aktuellen Anforderungen im Zusammenhang mit den Corona-Pandemie überhaupt schultern zu können (Sachaufwand Kliniken, Schulen, Kinderbetreuung; Digitalisierung Schulen und Verwaltung; etc.). Zum anderen ist es wichtig, durch kommunale Investitionen die zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Einbußen teilweise zu kompensieren.

Doch es geht für uns als KPV nicht nur um Geld allein, sondern auch um die Aufrechterhaltung von maßgeblichen Strukturen für die Lebensqualität der Bevölkerung und somit um die gesellschaftliche Stabilität: Kunst, Kultur, Tradition, Gastronomie, Veranstaltungen, Feste, Vereine, lokale und regionale Initiativen – vieles was unser Leben lebenswert macht, die weichen Standortfaktoren unseres schönen Freistaats Bayern sind im Bestand gefährdet oder finden nicht mehr statt. Hier müssen alle politischen Ebenen gemeinsam an Lösungen arbeiten. Die KPV wird sich in besonderem Maße dafür einsetzen.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund.

***Ihr Stefan Rößle***
*Landesvorsitzender der KPV Bayern*
*Landrat des Landkreises Donau-Ries*

# Ohne Nachhaltigkeit ...

(Fortsetzung von Seite 2)

Lösungen und sollten deshalb in die Innovationsausschreibungen aufgenommen werden. PV-Anlagen auf Ackerflächen, die eine gleichzeitige landwirtschaftliche Nutzung erlauben sowie Anlagen z.B. auf gefluteten Braunkohle- und Sandgruben könnten einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten.

### Repowering

Um ausgeförderte Windparks weiter am Netz zu halten, setzt der AKU auf Repowering durch neue und leistungsfähigere Modelle. „Eine solche Umrüstung muss unkompliziert möglich sein. Wir fordern daher bestehende Hürden im Planungs- und Genehmigungsrecht abzubauen. Der Schlüssel für die stärkere Nutzung der Windkraftanlagen ist zudem die bessere finanzielle Beteiligung der Standorte sowie der betroffenen Kommunen an der Wertschöpfung. Die Elemente im aktuellen Gesetzentwurf dazu müssen noch weiter gestärkt werden."

Auch die Bioenergie spielt für die CSU-Umweltpolitiker eine wichtige Rolle. Der aktuelle Ausbaupfad für Biomasse läuft ihrer Auffassung nach Gefahr, hinter dem Stabilisierungspfad zum Erhalt der Anlagen zurückzubleiben. Die im Gesetzentwurf festgeschriebenen Ausbauvolumina müssten daher deutlich erhöht werden. Ebenso gelte es, die Sondervergütungsklasse für die Güllevergärung weiterzuentwickeln und den Einsatz von alternativen Substraten in Biogasanlagen zu fördern. Damit werde eine vielfältige Nutzung der Bioenergie ermöglicht und die Rolle der Landwirte als Energiewirte der Zukunft gefestigt.

Als „zentrales Element für die Energiewende und auch für die Erreichung unserer Klimaziele" wird der grüne Wasserstoff bezeichnet. Damit dieser wettbewerbsfähig wird und der Markthochlauf gelingt, müsse eine Befreiung von der EEG-Umlage zeitnah erfolgen.

„Ohne Nachhaltigkeit kann es keine Resilienz geben", lautet eine weitere Botschaft. Es gelte, verstärkt auf innereuropäische Produktionsprozesse zu setzen und stufenweise die Abhängigkeit von der Globalisierung zu reduzieren. Auch der Klimawandel mit seinen Auswirkungen auf die natürlichen Lebensgrundlagen müsse bei den Überlegungen zu einer stärkeren Resilienz eine Rolle spielen.

### Lieferkettengesetz

Resilienz sei sowohl als lokale Herausforderung zu sehen als auch vernetzt zu betrachten. Um den Strukturbruch Corona auch nachhaltig zu nutzen, müssten daher auch die Umweltkosten bei der Preisbildung eine stärkere Rolle spielen. Noch existiere ein gravierendes Missverhältnis zwischen den beim Abbau von Rohstoffen entstehenden Kosten und jenen für das Recycling von Rohstoffen. Dabei würde ein sinkender Verbrauch von Rohstoffen durch die verstärkte Anwendung von Recycling zu weniger Landverbrauch führen und damit Natur und Umwelt mehr Raum lassen. Daher sieht der AKU in einem Lieferkettengesetz einen erfolgversprechenden Weg hin zu mehr Resilienz.

Zum nachhaltigen Wirtschaften gehöre ebenfalls, dass Regionalität und Wiederverwertung eine größere Bedeutung erreichen müssen. Daher setzt sich der Arbeitskreis dafür ein, dass bei internationalen Freihandelsabkommen der Europäischen Union hohe ökologische Standards eingefordert werden und ökologische Kosten, die bei Gewinnung, Weiterverarbeitung und Transport von Gütern entstehen, ihren Niederschlag in der Preisgestaltung finden. **DK**

# Impulse für die ...

(Fortsetzung von Seite 1)
ckelt; weltweit liegt es nach den USA auf Platz 2. Nach Überzeugung der Fachkommission ist es deshalb erforderlich, ein offenes Selbstverständnis von „Deutschsein“ mit Zugehörigkeitskriterien zu entwickeln, die der Diversität des Einwanderungslandes Deutschland Rechnung tragen. Dies schafft die Grundlage für ein gutes Miteinander. Über die Bedingungen für Einreise und Aufenthalt ist letztlich politisch zu entscheiden.

**2. Migration bietet Chancen, wenn Integration gelingt**

Empfohlen wird eine aktive Migrations- und Integrationspolitik, die die Chancen erkennt und versucht, sie im Interesse der gesamten Bevölkerung auszuschöpfen.

**3. Zielkonflikte zwischen Asyl- und Integrationspolitik müssen anerkannt und soweit wie möglich reduziert werden**

Ein funktionierendes Asylsystem muss zwischen Personen mit und ohne Schutzbedarf unterscheiden. Folglich sind bei der Ablehnung von Asylanträgen auch Rückführungen notwendig. Dies schließt nicht aus, über die Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung hinaus die Bleibechancen für gut integrierte Schutzsuchende zu befördern. Grundsätzlich empfiehlt die Fachkommission, die in weiten Teilen erfolgreichen Anstrengungen zur Integration von Schutzberechtigten fortzusetzen und weiterzuentwickeln.

**4. Integration ist eine Daueraufgabe, die alle betrifft**

Es bedarf nicht nur der Teilhabe an Chancen, sondern auch der aktiven Teilnahme an den vielfältigen Möglichkeiten und Aufgaben. Zusammenhalt kann vom Staat nicht verordnet werden; es braucht mehr als die formale Beachtung der Gesetze.

**5. Integration bedeutet Teilhabe, Repräsentanz und Anerkennung**

Eine chancengleiche Teilhabe zu gewährleisten bedeutet unter anderem darauf hinzuarbeiten, dass Angehörige aller gesellschaftlichen Gruppen entsprechend ihren Qualifikationen und Fähigkeiten auf allen Hierarchieebenen adäquat vertreten sind. In diesem Sinne ist eine Öffnung staatlicher Institutionen zu forcieren, die sich an der gesellschaftlichen Diversität orientiert.

**6. Aktive Unterbindung von Diskriminierung und ein respektvoller Umgang miteinander sind Voraussetzungen für Teilhabe und Teilnahme**

Ausgrenzung und Benachteiligung verursachen auch ökonomische Kosten. Negative Erfahrungen im Kontakt mit Behörden oder staatlichem Handeln erschüttern das Vertrauen in den Staat. Diskriminierung ist daher nachhaltig zu bekämpfen.

**7. Gängige Begriffe müssen hinterfragt werden**

Es ist wichtig, im öffentlichen Diskurs auf eine sensiblere Verwendung von Sprache zu achten – nicht zuletzt, um einer Polarisierung und Politisierung entgegenzuwirken. Die Kommission schlägt unter anderem vor, das Konzept „Migrationshintergrund“ im Rahmen der amtlichen Statistik klarer und zugleich enger als bisher zu definieren.

**8. Chancengleichheit in der Bildung ist unabdingbar**

Der Staat steht in der Pflicht, eine chancengerechtere Bildung zu gewährleisten. Dazu ist die Qualität der Bildungsangebote weiterzuentwickeln und zu sichern, insbesondere auch im Bereich der Sprachbildung und Sprachförderung. Zudem sollten die Bildungswege länger offengehalten werden.

**9. Die Fähigkeiten von Eingewanderten sollten besser genutzt, ihre Kompetenzen gestärkt werden**

Alle in Deutschland lebenden Menschen müssen die Basiskompetenzen erwerben können, die für eine aktive Teilhabe und Teilnahme in Gesellschaft und Arbeitsmarkt erforderlich sind. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Sprachförderung, denn gute Deutschkenntnisse sind ein Schlüssel für aktive Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft. Wichtig ist aber auch die gleichberechtigte Förderung des Erwerbs von Schul-, Ausbildungs- und Universitätsabschlüssen in Deutschland.

**10: Eine vorausschauende Einwanderungspolitik kann die Integration in den Arbeitsmarkt verbessern**

Deutschland steht in der Einwanderungspolitik vor der Herausforderung, dass die Arbeitsmärkte stärker für Personen aus Drittstaaten geöffnet werden müssen, wenn das Erwerbspersonenpotenzial auch nur annähernd stabilisiert werden soll. Der Gesetzgeber hat mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz versucht, dem Rechnung zu tragen. Die Fachkommission begrüßt insbesondere den Wegfall der Vorrangprüfung und setzt sich dafür ein, die Schwellen für Erwerbsmigration noch weiter zu senken. Zudem muss die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und die Zertifizierung von durch berufliche Erfahrung erworbenen Qualifikationen erleichtert werden. Durch eine bedarfsorientierte Steuerung der Arbeitsmigration werden auch die Integrationschancen von eingewanderten Arbeitsmigrantinnen und -migranten deutlich verbessert.

**11. Integration erfordert eine nachhaltige Stadtentwicklungs- und eine soziale Wohnungspolitik**

Insbesondere in den Ballungsräumen müssen den Kommunen die notwendigen rechtlichen und finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Wohnraum zu schaffen und Wohnstrukturen zu steuern. Eine weitsichtige Integrationspolitik stärkt Quartiere, die besondere Integrationsleistungen erbringen, und würdigt deren Leistungen für die Stadtgesellschaft.

Die Kommission empfiehlt eine aktive Wohnungs- und Bodenpolitik, die darauf zielt, mehr Wohnraum bereitzustellen, aber zugleich die Bezahlbarkeit von und den Zugang zu Wohnraum priorisiert.

**12. Gleiche Gesundheitschancen sind eine Voraussetzung für erfolgreiche Integration**

Beim Anspruch auf gesundheitliche Leistungen bestehen für einzelne Migrantengruppen gegenwärtig Beschränkungen. Ziel muss es sein, ihnen vergleichbare Leistungen wie Empfängern von Sozialleistungen zu gewähren. Saisonarbeitskräfte und Schutzsuchende müssen so untergebracht werden, dass sie die Vorgaben der Corona-Schutzverordnung einhalten können.

**13. Rassismus, Hasskriminalität und Terrorismus gefährden die Substanz der Gesellschaft**

Zur Bekämpfung dieser Phänomene gehören unter anderem ein stärkeres bürgerschaftliches Engagement gegen rassistische und antisemitische Äußerungen und Handlungen im Alltag sowie ein Grundkonsens über die Ablehnung von Gewalt und der Herabwürdigung von Menschen. Hierbei dürfen nicht verschiedene Formen von Extremismus gegeneinander ausgespielt werden; sie alle sind reaktiv zu bekämpfen und präventiv zu vermeiden.

**14. Integration ist eine Investition in die Zukunft**

Bei der Umsetzung von integrationspolitischen Pflicht- und Daueraufgaben im Sinne einer Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts brauchen die Kommunen Handlungsfähigkeit. Bund und Länder müssen sie darin stärker und vor allem dauerhaft unterstützen.

Dies muss im Rahmen einer geordneten Finanzverfassung erfolgen, die Anreize für eine effiziente Nutzung knapper Ressourcen setzt. Notwendig ist auch eine stärkere Effizienz- und Erfolgskontrolle der Mittelgebenden und -nutzenden. In diesem Zusammenhang sind Integrationsmaßnahmen auf allen Ebenen verstärkt und wissenschaftlich fundiert zu evaluieren. Wenn all dies gelingt, können Migration und Integration für alle gewinnbringend sein. **DK**

# Wirtschaftsstandorte nachhaltig ...

(Fortsetzung von Seite 1
Zur Fachkräftesicherung für Bayern beschreitet MigraNet innovative Wege, zum Beispiel über Mentorenprogramme, Zuwanderungsberatung und Anpassungsqualifizierungen.

Über lokale Koordination in Augsburg, München und Nürnberg werden Beratungsangebote und Modellprojekte gesteuert. Sie bündeln Informationen aus den IQ Handlungsfeldern, vernetzen Akteure auf regionaler Ebene, sowie aus Landes-, Bundes- und EU-Ebene und initiieren entsprechende Projekte.

### *Pulsierende Region bleibt auf stetem Wachstumskurs*

In seinem Grußwort verwies der Münchner Landrat Christoph Göbel darauf, dass auch die „Arbeitsmarktdelle Corona“ nicht darüber hinwegtäuschen könne, „dass unsere pulsierende Region auf stetem Wachstumskurs ist, insbesondere auch, was die Anforderungen an den Arbeitsmarkt angeht“. Deshalb benötige man gut ausgebildete Fachkräfte. Hier gelte es, sowohl nationale als auch internationale Schätze zu heben.

Insgesamt sei es wichtig, den Fachkräftebedarf ernst zu nehmen. Alle „Protagonisten der Gesellschaft“ müssten im Gespräch darüber sein, „wie wir den Fachkräftebedarf bestmöglich befriedigen können“. Am Ende, so Göbel, gehe es vor allem darum, dass die Unternehmen über die Fachkräfte verfügen, die sie brauchen und diese sich den Raum München auch leisten können, um schließlich die wirtschaftliche Prosperität der Region fortzuschreiben.

### *FEG so gut wie möglich umsetzen*

Starnbergs Landrat Stefan Frey zufolge „bewegt der Fachkräftemangel unsere Unternehmen sehr stark“. Umso wichtiger sei es, „auch im Ausland entsprechende Fachkräfte für unsere hochspezialisierten Berufe anzuwerben“. Wichtig sei, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) so gut wie möglich umzusetzen, um für die Unternehmen Entlastung zu schaffen. Frey: „Es gilt, die Chancen zu nutzen. Packen wir's an!“

Nur gut zehn Prozent der Einwanderung aus Drittstaaten sind derzeit erwerbsbezogen. Um hier Abhilfe zu schaffen, trat zum 1. März 2020 das FEG in Kraft. Damit sind nun klare Rahmenbedingungen geschaffen, um eine gezielte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern zu ermöglichen. Grundsätzlich, so Philipp Jaschke vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (iab), darf jeder in Deutschland arbeiten, wenn ein Hochschul- oder Berufsabschluss vorhanden, die Gleichwertigkeit des Abschlusses zu deutscher Qualifikation anerkannt und ein qualifikationsadäquater Arbeitsvertrag vor der Einreise vorhanden ist.

### *Dynamischer Arbeitsmarkt*

Als positive Maßnahmen des FEG wertete Jaschke die Öffnung für Personen mit beruflichen Abschlüssen; die bisherige Praxis einer Positivliste der Engpassberufe ist aus seiner Sicht ein ineffizientes Mittel. Der Arbeitsmarkt sei dynamisch und könne auch gut Personen außerhalb von Engpassberufen integrieren, solange sie qualifizierte Abschlüsse besitzen. In Ausnahmefällen könne ein fehlender Abschluss mit Berufserfahrung substituiert werden (IKT-Bereich). Neben dem Wegfall der Vorrangprüfung nannte Jaschke zudem u.a. Verfahrensvereinfachungen wie die Einrichtung einer zentralen Ausländerbehörde auf Bundesländerebene.

Kritisch zu bewerten sei hingegen, dass das beibehaltene System von aufeinander aufbauenden Mindestanforderungen prohibitiv wirken kann, so dass die gewünschten Zuzugszahlen gegebenenfalls nicht erreicht werden. Was die Anerkennung der Gleichwertigkeit von Abschlüssen anbelangt, sei das deutsche duale Ausbildungssystem international nicht vergleichbar. „Auch wenn aufgrund konterfaktischer Evidenz kein endgültiges Urteil gefällt werden kann“, sie dies wahrscheinlich die größte Hürde für viele interessierte Migrant/innen, betonte Jaschke.

### *Kreative Behörden sind gefordert*

Mit Blick auf den geforderten qualifikationsadäquaten Arbeitsvertrag bei der Einreise könne das Kriterium „qualifikationsadäquat“ problematisch sein: „Arbeitsmärkte sind dynamisch; Arbeitskräfte wechseln in ihrer Erwerbsbiographie häufig das Berufsfeld. Die Auslegung der Behörden in der Praxis wird entscheidend sein.“

### *Deutscher Spracherwerb im Ausland*

Hinzu kommt, dass teilweise Sprachkenntnisse als neues Kriterium aufgeführt werden – zum Beispiel bei der Einreise zum Zweck der Arbeitssuche. „Deutsch ist aber keine Weltsprache“, stellte Jaschke fest. „Es ist unwahrscheinlich, dass jemand vor der Einreise Deutsch lernt und den Abschluss anerkennen lässt, nur um dann sechs Monate nach Deutschland zur Arbeitssuche einzureisen zu dürfen.“ Jedoch könnten durch erweiterte Möglichkeiten zum deutschen Spracherwerb im Ausland die Migration insgesamt und der Anteil Qualifizierter erhöht werden.

Ein weiterer Punkt: „Die Bedingungen zur jetzt möglichen Einreise zwecks Ausbildungsplatzsuche sind prohibitiv.“ Bis zu 25-Jährige dürfen sechs Monate einreisen, wenn sie einen, einem deutschen Schulabschluss gleichgestellten Abschluss haben und über gute deutsche Sprachkenntnisse verfügen. Außerdem bleibt hier die Vorrangprüfung erhalten, weshalb es Jaschke als „sehr unwahrscheinlich“ erachtet, dass dieser Kanal häufig genutzt werden wird.

*Gegen Geflügelpest:*

# Biosicherheitsmaßnahmen

**Zum Schutz der bayerischen Geflügelhaltungen werden bayernweit verstärkte Biosicherheitsmaßnahmen für Haus- und Nutzgeflügel angeordnet. Das hat das Bayerische Umweltministerium aufgrund der bei Wildvögeln vorliegenden Geflügelpestnachweise in Deutschland und Bayern veranlasst.**

Erforderliche Maßnahmen werden von den zuständigen Kreisverwaltungsbehörden durch eine Allgemeinverfügung bekannt gegeben. Darin werden abhängig von konkreten örtlichen Gegebenheiten Maßnahmen geregelt wie die Sicherung gegen unbefugtes Betreten, das Tragen von Schutzkleidung sowie konsequente Reinigung und Desinfektion. Anordnungen erfolgen anhand einer für Bayern entwickelten Risikobewertung auf Grundlage bundeseinheitlicher Beurteilungskriterien. Durch die konsequente Einhaltung der Biosicherheitsmaßnahmen soll der Kontakt zwischen Wild- Haus- und Nutzgeflügel vermieden und eine Einschleppung in die Geflügelhaltungen verhindert werden.

Ein Merkblatt mit Sicherheitsmaßnahmen sowie weitere aktuelle Informationen zur Geflügelpest in Bayern sind abrufbar unter: https://www.lgl.bayern.de/tiergesundheit/tierkrankheiten/virusinfektionen/gefluegelpest/ ❐

# Licht und Schatten ...

(Fortsetzung von Seite 1)
cken, sondern müssen jetzt vor Ort mit dem arbeiten, was wir haben. Das tun wir auf Hochtouren.“ Sager unterstrich zudem die Bedeutsamkeit des besonderen Schutzes vulnerabler Gruppen in der Pandemie: „Wir müssen gerade die Pflegeheime effektiv schützen, damit Ausbrüche dort auf ein Minimum reduziert werden. Das ist eine Kraftanstrengung aller Akteure. Außerdem brauchen wir einen starken gesellschaftlichen Konsens. Denn wir alle müssen hinter dieser Strategie stehen, damit sie erfolgreich sein kann.“

### *Krankenhäuser von Insolvenzen bedroht*

Mit Blick auf die Finanzierung der Krankenhäuser in der Pandemie wird die Bundesregierung aufgefordert, ihren zurückhaltenden Umgang in dieser Frage aufzugeben. Sager zufolge „ist es mit Hilfen für einen kleinen Teil der Krankenhäuser nicht getan. Das führt zu massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten und drohenden Insolvenzen zahlreicher Krankenhäuser. Vor allem die Kliniken außerhalb der Ballungszentren sind davon betroffen – und gerade diese leisten einen besonderen Beitrag zur flächendeckenden Gesundheitsversorgung.“

Mehr als die Hälfte der Landkreise betreibe eigene Krankenhäuser an insgesamt 273 Standorten, erläuterte der DLT-Präsident. „Aktuell sind sehr viele Krankenhäuser massiv gefährdet – unabhängig von ihrer Trägerschaft. Die wirtschaftliche Situation verschlechtert sich zusehends aufgrund der seit dem Spätherbst fehlenden Unterstützungsleistungen durch den Rettungsschirm des Bundes.“

Die Unterstützung des Bundes solle Erlösausfälle der Krankenhäuser aufgrund der Corona-Pandemie abfedern. „Das Ziel ist richtig, die Bedingungen sind aber zu rigide, um an die finanzielle Unterstützung zu kommen. Nach den aktuellen Regelungen erfüllen nur wenige Krankenhäuser die engen Voraussetzungen.“ So seien beispielsweise erhebliche Ausstattungsstandards zu erfüllen, obwohl diese für die Behandlung von Corona-Patienten nicht erforderlich seien. Zudem würden Ausgleichszahlungen nur in Gebieten geleistet, in denen eine hohe 7-Tage-Inzidenz bestehe. Aber auch bei niedrigeren Inzidenzen bestünden die Einschränkungen in den Krankenhäusern weiter.

### *Konzept zur finanziellen Sicherung*

Laut Sager sind alle Krankenhäuser von der Pandemie massiv betroffen. Sie halten Betten für Corona-Patienten frei, verschieben geplante Operationen und müssen Tag für Tag erhebliche hygienebedingte Einschränkungen hinnehmen. Hinzu kommen hohe Einnahmeverluste infolge der personalintensiven Betreuung von Patienten mit COVID-19-Erkrankungen. „Im stationären Bereich sind es gerade die Krankenhäuser in der Fläche, die mit ihrer Arbeit verhindern, dass die Spezialkliniken überlaufen. Insofern halten die Häuser in der Fläche auch den anderen Kliniken den Rücken frei. Das darf nicht dauerhaft zu ihrem Nachteil sein.“ Notwendig sei daher ein Konzept zur finanziellen Sicherung der Krankenhäuser für das gesamte Jahr 2021, so Sager. „Die Mindereinnahmen müssen ausgeglichen werden, ausnahmslos für alle Krankenhäuser.“

Wichtig sei außerdem ein Ganzjahresausleich. Diesen Ausgleich habe es 2020 gegeben, für 2021 sei er allerdings derzeit nicht geplant, so der Präsident. „Es ist nicht nachvollziehbar, warum jetzt auf der Spitze der Pandemie nicht mindestens die gleichen Absicherungen vorgenommen werden wie im Frühjahr 2020. So werden sehr viele Krankenhäuser mit ihren Belastungen ziemlich allein gelassen.“ **DK**

### *Beschleunigtes Fachkräfteverfahren*

Fazit: „Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz geht in die richtige Richtung, insbesondere was die Öffnung des Arbeitsmarktes für Personen aus Drittstaaten mit nichtakademischer Qualifikation betrifft.“ Allerdings sei durch eine weitgehende Aufrechterhaltung des Gleichwertigkeitskriteriums bei Abschlüssen und Mindestsprachkenntnissen eine zur Sicherung des Fachkräftebedarfs ausreichende Erhöhung der Zuwanderung anzuzweifeln. Dies müsse sich in der Praxis erst zeigen. Und nicht zu vergessen: Die unabschätzbaren Auswirkungen von Corona.

Wie Martin Walter (MigraNet), Projektleiter Fachinformationszentrum Einwanderung – Regionales Fachkräftenetzwerk Einwanderung Augsburg, erläuterte, haben Unternehmen und Fachkräfte aus Drittstaaten nunmehr die Möglichkeit, das Einreiseverfahren auf eine Gesamtdauer von vier Monaten zu verkürzen. Wenn ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegt, können Unternehmen mit der entsprechenden Vollmacht der betroffenen Fachkraft ein beschleunigtes Fachkräfteverfahren bei der zuständigen Ausländerbehörde beantragen. Grundvoraussetzungen sind ein Arbeitsplatz in Deutschland sowie ein staatlich geregelter Abschluss auf mindestens Fachkraftniveau. **DK**

*Finanzminister Füracker im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags:*

# Breitbandausbau in Bayern ist Erfolgsprojekt

**„Der Breitbandausbau ist das erfolgreichste Infrastrukturprojekt der letzten Jahre im Freistaat. In keinem anderen Land gibt es eine höhere Ausbaudynamik und der Ausbau läuft auch weiterhin auf Hochtouren. Freistaat und Kommunen engagieren sich auf freiwilliger Basis massiv, um eine bestmögliche Versorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen – auch wenn eigentlich vorrangig die Netzbetreiber und Bund gefordert wären", betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei seinem Bericht im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags.**

„Eine gute Versorgung mit schnellem Internet ist Grundvoraussetzung für modernes Arbeiten, Homeoffice und Homeschooling. Über 97 % der Haushalte in Bayern haben bereits schnelles Internet, nach Abschluss der laufenden Projekte werden es sogar 99 % sein. Über 54.000 Kilometer neue Glasfaser sind dann dank staatlicher Förderung im Freistaat verlegt. Dabei ruhen wir uns auf dem Erreichten nicht aus: unser gemeinsames Ziel ist Gigabit bayernweit!", erklärte Füracker.

Bayern nimmt für dieses zentrale Zukunftsthema erhebliche Mittel in die Hand „Seit der Übernahme der Zuständigkeit haben wir mehr als 1,2 Milliarden Euro Fördergeld für über 3.000 Breitbandprojekte in ganz Bayern fix zugesagt. Die meisten sind schon abgeschlossen, die restlichen befinden sich gerade in der Bauphase. Dabei sind die Kommunen vor Ort die Herren des Verfahrens: Sie entscheiden beim Ausbau selbst über das „wo" und „wie". Unsere Kommunen wissen am besten, in welchem Dorf oder Ortsteil welche Ausbauart am sinnvollsten ist. Wir stehen den Gemeinden mit der Beratung durch unsere staatlichen Breitbandmanager eng zur Seite. Vor allem unterstützen wir finanziell: In Bayern können durch Förderprogramme ganze Orte, aber auch einzelne Gebäude wie Schulen, Rathäuser und Krankenhäuser mit Zuschüssen von bis zu 90 % direkt mit Glasfaser erschlossen werden. Für diese Einzelobjekte stehen je bis zu 50.000 Euro an Förderung zur Verfügung", so der Finanzminister zu den Angeboten des Freistaats.

## Erfolgreicher Einsatz

Der kraftvolle Einsatz hat Erfolg. Seit 2014 wurden in Bayern durch Freistaat, Kommunen und Kommunikationsunternehmen mehr als 2,6 Millionen unversorgte Haushalte erstmals mit mindestens 50 Mbit/s erschlossen. In Bayern sind fast die Hälfte aller Gewerbestandorte sogar schon mit einem Gigabit-Anschluss ausgestattet. Hier hat der Freistaat durch einen besonderen Schwerpunkt auf gewerbliche Standorte in seinem Förderkonzept aktiv beigetragen – ohne aber bei privaten Anschlüssen in der gesamten Fläche Abstriche zu machen.

Insbesondere in ländlichen Regionen ist Bayern bei den Versorgungszahlen bundesweit führend. „Schnelles Internet ist in Bayern kein Privileg der Städte – im ländlichen Raum ist Bayern mit über 92 % versorgter Haushalte deutschlandweit Spitzenreiter. Das ist eine massive Steigerung um über 65 Prozentpunkte seit Ende 2013. Die Glasfaser ist in jeder Gemeinde im Freistaat bereits angekommen. Das ist ein aktiver Beitrag für gleiche Chancen im ganzen Land", hob der Heimatminister hervor.

**Bayerns Versorgungszahlen im Überblick:**

- Mind. 30 Mbit/s: 97,1 % der Haushalte
- Mind. 50 Mbit/s: 95,0 % der Haushalte
- Mind. 100 Mbit/s: 87,4 % der Haushalte (Quelle: Breitbandatlas BMVI)

Die Zukunft soll noch schneller werden. Mit Blick insbesondere auf die zusätzliche Förderung von zukunftsfähiger Glasfaser bis ins Haus hat die Bayerische Gigabitrichtlinie 2020 die bisherige Breitbandrichtlinie abgelöst. Projekte können so mit bis zu 16.000 Euro je Anschluss gefördert werden.

Dank der neuen Richtlinie kann Bayern auch die Beschleunigung von Anschlüssen in Bereichen fördern, wo bereits ein Netzbetreiber mindestens 30 Mbit/s anbietet (sog. graue NGA-Flecken). Dies war bis dahin EU-weit nicht möglich und wurde durch Bayern nach jahrelangen Verhandlungen mit der EU-Kommission erreicht. Mit dieser neuen Förderung ist der Freistaat europaweit absoluter Vorreiter. Über 360 Gemeinden sind bereits in das neue Förderverfahren eingestiegen. In der Stadt Berching ist das erste so geförderte Gigabitnetz bereits in Betrieb genommen worden. ❐

# Unterstützung für den lokalen Einzelhandel

**M-net startete Initiative „Münchner Shopgeschichten"**

**Die Corona-Pandemie macht deutlich: Als Gemeinschaft zusammen zu halten und sich gegenseitig zu unterstützen, hilft, die Herausforderungen dieser Krise zu bewältigen und gestärkt daraus hervorzugehen. Aus diesem Grund startete Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net die Initiative „Münchner Shopgeschichten". Sie hat zum Ziel, den durch Lockdowns und massive Einschränkungen hart getroffenen Einzelhandel zu unterstützen. Alle Münchner und Münchnerinnen können mitmachen und ihren Lieblingsladen vorschlagen. Die Aktion läuft ab sofort und endet am 18. Februar.**

M-net übernimmt Verantwortung für die Region und unterstützt den lokalen Handel. Dafür startet der Telekommunikationsanbieter aus München die Initiative „Münchner Shopgeschichten" und schafft eine Plattform, über die ausgewählte Shops finanzielle Unterstützung erhalten können. Und so läuft's: Gemeinsam mit dem bekannten Poetry Slammer Nektarios Vlachopoulos ruft M-net alle Münchner und Münchnerinnen über die M-net Social-Media-Kanäle sowie über den Radiosender egoFM dazu auf, ihr persönliches Lieblingsgeschäft vorzuschlagen. Anschließend wählt M-net bis zum 18. Februar einmal pro Woche – also insgesamt vier Mal – einen Laden aus den Vorschlägen aus.

## Einkaufsgutscheine

Der ausgewählte Lieblingsladen erhält von M-net folgende Unterstützung:

- Einkaufsgutscheine im Wert von insgesamt 3.000 Euro: M-net verlost unter dem Motto „Wir unterstützen – ihr gewinnt" Gutscheine des Ladens über die eigenen Social-Media-Kanäle und greift so dem jeweiligen Laden unter die Arme.
- M-net ermöglicht den Geschäften Partnerschaften mit regionalen Influencern, die über die Aktion und den Laden berichten. Dazu gehören beispielsweise Interviews mit den Inhabern sowie Blicke hinter die Kulissen. Für eine nachhaltige Wahrnehmung sorgt die Verbreitung über die Influencer sowie über die M-net Social Media Kanäle.

## „Jeder kann beitragen – auch abseits dieser Aktion"

„Kauft lokal ein – wenn nur irgendwie möglich", appelliert Antonia Simon, die die Aktion bei M-net ins Leben gerufen hat. „Jeder kann dazu beitragen, dass die Vielfalt in der eigenen Stadt auch in Zukunft erhalten bleibt. Denn die meisten kleinen Läden sind kreativ geworden und bieten die vielfältigsten Einkaufsmöglichkeiten trotz geschlossenen Ladengeschäfts. Das beginnt beim klassischen Telefonanruf und endet beim Video-Shopping über Instagram oder YouTube." ❐

*Impfkampagne in Bayern:*

# AKDB übernimmt rechtskonformen Datenexport und Versand mit Klickbrief

**Impfkampagnen sind derzeit in allen deutschen Bundesländern angelaufen. Für die Erstellung von Impfinformationen stellt die AKDB in Zusammenarbeit mit bayerischen Staatsministerien Adressdaten aus den bayerischen Melderegistern bereit. Auf Wunsch übernimmt die AKDB auch Druck und Versand der Schreiben.**

Zunächst werden alle Bürgerinnen und Bürger im Alter von 80 Jahren und älter angeschrieben. Grundsätzlich sind in Bayern auch Melderegister-Auswertungen, Druck und Versand der Schreiben für Bürger aus weiteren, jüngeren Impf-Zielgruppen möglich. Eine Verknüpfung von Melderegisterdaten mit Impfregistern oder Online-Impfportalen ist nicht zulässig.

Für Landkreise und kreisfreie Städte in Bayern stellte die AKDB, in der Regel binnen 24 Stunden, die Adressdaten der Altersgruppe 80 Plus zentral bereit. In einem ersten Schritt werden gerade rund 800.000 bayerische Bürgerinnen und Bürger dieser Altersgruppe angeschrieben. Darüber hinaus fertigte die AKDB auf Kundenwunsch auch die Schreiben und verschickt sie.

Von den an die AKDB beauftragten knapp 400.000 Schreiben konnten bereits über die Hälfte gedruckt und der Post übergeben werden. Was ursprünglich als zentrales Schreiben für ganz Bayern geplant war, wird nun als dezentrales Schreiben mit entsprechendem Mehraufwand über die Landkreise und Städte versandt.

Die AKDB verfügt über langjährige Erfahrungen in Druck, Kuvertierung und Post-Einlieferung von Schriftstücken in hohen Auflagen. Das AKDB-Druckzentrum verarbeitet automatisiert große Stückzahlen von Drucksachen mit zum Teil unterschiedlichen Anlagen. Landkreise und Städte profitieren von der leichten Datenübertragung und von einer smarten Abwicklung mit dem AKDB Klickbrief.

Für die Druck- und Versandleistung werden die Adressdaten sowie ein postkonformes Schreiben und entsprechende Anlagen an die AKDB übermittelt. Jedes Schreiben kann dabei unterschiedlich formatiert sein und unterschiedliche Layouts oder Grafiken beinhalten. Die produzierten Schreiben werden automatisch kuvertiert, frankiert und bei der Deutschen Post eingeliefert.

Ein wichtiger Aspekt für die Benachrichtigung der Bürger ist ein rechtskonformer Zugriff auf die Meldedaten: Nicht in jedem Bundesland besteht eine Rechtsgrundlage für die Nutzung des Landesmelderegisters. Grundlagen sind neben dem Bundesmeldegesetz die jeweiligen Ausführungsgesetze, in denen die Nutzung der Landesmelderegister geregelt ist. In manchen Bundesländern gibt es eine solche Rechtsgrundlage nicht, in anderen wie etwa Bayern gestattet es das Innenministerium, solche Auswertungen unter bestimmten Bedingungen zu erstellen.

Eine jüngst in der medialen Diskussion teils bemängelte fehlende Verknüpfung der Melderegisterdaten mit sensiblen Gesundheitsdaten wie Impfungen bzw. Online-Impfportalen ist rechtlich nicht zulässig. So kann es passieren, dass ein über 80-Jähriger, der sich bereits für eine Impfung registriert hat, zusätzlich eine Impfinformation per Post erhält. Dennoch entsteht kein Mehraufwand: Bereits für eine Impfung registrierte Bürger müssen sich nicht erneut anmelden. ❐

## Digitaler Impfnachweis im Landkreis Altötting

Großes Medienecho hat die Vorstellung des ersten digitalen Impfnachweises im Landkreis Altötting hervorgerufen. Das Landratsamt bietet ab sofort denjenigen, die gegen das Coronavirus geimpft sind, die Möglichkeit einer digitalen Zertifizierung.

Der digitale Impfnachweis ist eine datenschutzkonforme, digitale Abbildung des Impfstatus in Form einer mit den erforderlichen Informationen bedruckten Scheck-Karte. Jeder Geimpfte kann seinen Impfnachweis, falls gewünscht, auf dem Handy speichern.

Auch die AKDB beteiligt sich im Rahmen der ebenenübergreifenden Blockchain-Genossenschaft govdigital an diesem Projekt. Die Technologie stammt von der Kölner Firma Ubirch, die das digitale Zertifikat zusammen mit govdigital anbietet. ❐

Und was sehen Sie? Kommunen, die sich bei Personalmangel und Überlastung Hilfe bei der AKDB holen, sehen plötzlich Lösungen statt Probleme.

**z.B. AKDB Servicecenter**

Eine plötzliche Kündigung, ein Krankheitsfall, ein Mutterschaftsurlaub, eine unvorhergesehene Krise. Schnell steht man als Kommune vor einem Personalengpass. Vom Fachkräftemangel ganz zu schweigen. Mit den Servicecentern der AKDB bekommen Sie Hilfe. Schnell und unkompliziert. Im Finanzwesen, Bauamt und Personalwesen.

Möglichkeiten überall

AKDB

# Bundeskabinett beschließt Datenstrategie

**Stellungnahmen von VKU und Bitkom**

**Täglich erleben die Bürger, wie wichtig Daten und deren Nutzung sind. Deshalb hat das Bundeskabinett die Datenstrategie der Bundesregierung mit rund 240 Maßnahmen beschlossen. Damit soll Deutschland zum Vorreiter für das innovative Nutzen und Teilen von Daten in Europa gemacht werden. Die Bundesregierung hat die Strategie in einem breiten Beteiligungsprozess erstellt, inklusive einer Onlinebefragung mit mehr als 1.200 Teilnehmern.**

„Das Ziel dieser Datenstrategie ist es, dass wir die Chancen, die in Daten liegen, als Gesellschaft auch nutzen. Wir haben die Hoffnung, dass wir dadurch nicht nur Wertschöpfungspotenziale heben, sondern das Leben für alle Menschen besser machen“, erläuterte der Chef des Bundeskanzleramtes, Helge Braun.

Mithilfe der Maßnahmen der Datenstrategie möchte die Bundesregierung die europäischen Werte, die gemeinsamen Vorstellungen von Datenschutz und Souveränität im Zeitalter von globalem Datenverkehr und Vernetzung durchsetzen und global zum Vorbild machen. Mit der Datenstrategie lege die Bundesregierung „einen Fahrplan in die Zukunft vor, in der wir Daten verantwortungsvoll und innovativ nutzen“, betonte die Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, Dorothee Bär.

Da die Bundesregierung den Weg in die Datengesellschaft nur gemeinsam mit Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gehen kann, identifiziert die Datenstrategie vier große Handlungsfelder, die sämtliche Akteure in die Pflicht nehmen.

**1. Dateninfrastrukturen leistungsfähig und nachhaltig ausgestalten:** Zunächst geht es um Maßnahmen, die das Fundament für eine moderne Datengesellschaft legen, zum Beispiel Infrastrukturmaßnahmen. Hierzu gehören Vorhaben zu Quanten- und Hochleistungsrechnern, aber auch das Projekt Gaia-X. Weiterhin sind in der Datenstrategie Vorhaben aufgeführt, die ein lebendiges Ökosystem erzeugen, also etwa Datenräume für Gesundheit, in denen mehrere Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft sicher und vertrauensvoll zusammenarbeiten können. Beispiel hierfür ist erstmalig ein bundesweites Krebsregister, das die Daten aus den Ländern zusammenführt.

**2. Innovative und verantwortungsvolle Datennutzung steigern:** Es gilt, Rahmenbedingungen dafür zu setzen, dass mehr Daten verantwortungsvoll und nachhaltig genutzt und geteilt werden können und zugleich missbräuchliche Datennutzung verhindert wird. Dazu will die Bundesregierung mehr Rechtssicherheit schaffen, innovative Datenräume anstoßen und – zum Beispiel durch Datentreuhänder – neue Kooperationsformen ermöglichen. Neben den großen Chancen der innovativen Datennutzung gilt es hier aber auch, den politischen, gesellschaftlichen und individuellen Konsequenzen von Datenmissbrauch entgegenzuwirken.

**3. Datenkompetenz erhöhen und Datenkultur etablieren:** Ein weiteres Ziel der Datenstrategie ist es, die Datenkompetenz in der breiten Bevölkerung, der Wirtschaft und Wissenschaft deutlich zu erhöhen. „Die Frage der Datenkompetenz ist entscheidend. Wir müssen Menschen haben, die das Ganze können. Deshalb wollen wir das Jahr 2021 nutzen, um die digitale Bildung nach vorne zu bringen“, erklärte Kanzleramtsminister Braun. Das Thema „Umgang mit Daten“ steht dabei im Zentrum. Denn nur wer weiß, worum es geht, kann souveräne Entscheidungen treffen.

**4. Den Staat zum Vorreiter machen:** Nicht zuletzt muss sich auch die Verwaltung selbst neu aufstellen, um für moderne Bürgerinnen und Bürger gute digitale Leistungen zu erbringen. Die staatliche Dateninfrastruktur muss daher nachhaltig gestaltet und die Datenkompetenz der Staatsbediensteten verbessert werden. Mehr öffentliche Daten, transparenteres Arbeiten sowie bürgerfreundlichere Services sind hier die Ziele. Dazu gehört unter anderem die Errichtung von Datenlaboren in Bundesministerien als Serviceeinheiten für Wirtschaft, Wissenschaft und Bürger.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), dessen Mitglieder den digitalen Wandel der Städte und Regionen in der Praxis gestalten, begrüßt die Strategie, mahnt jedoch Änderungen beim DNG-Entwurf an. Dazu Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing: „Wir begrüßen die Datenstrategie grundsätzlich. Doch beim DNG sollte die Bundesregierung ihren Entwurf an zwei Punkten nachbessern, um die digitale Daseinsvorsorge nicht zu schwächen, sondern zu stärken.“

### *Daseinsvorsorge verbessern*

Erstens sollte der Gesetzgeber erfolgreiche Smart-City-Kooperationen erhalten, statt ihnen die Basis zu entziehen. In der Praxis teilen kommunale Unternehmen ihre Daten freiwillig – z.B. mit Kooperationspartnern aus Forschung, Mittelstand, Startups oder Handwerk vor Ort. Ziel solcher Kooperationen ist, die Daseinsvorsorge durch neue, digitale Anwendungen zu verbessern und wirtschaftlichen Mehrwert vor Ort zu schaffen.

Wenn nun – wie im aktuellen DNG-Entwurf – auch diese freiwillig mit Dritten geteilten Daten allen öffentlich zugänglich gemacht werden müssen, drohe die Basis für die Kooperation verloren zu gehen: Gemeinsame Smart-City-Projekte würden in Frage gestellt oder gestoppt, neue Kooperationsprojekte nicht mehr auf die Rampe gebracht. Daher sollten Daten, die kommunale Unternehmen zwecks Austausch und Kooperation freiwillig mit Dritten teilen, nicht im DNG aufgenommen werden. Ziel sollte sein, erfolgreiche Smart-City-Kooperationen nicht auszubremsen oder zu stoppen und den Mehrwert dort zu schaffen, wo die Daten gewonnen werden.

„Zweitens begrüßen wir ausdrücklich den Vorstoß in der Datenstrategie, auch für private Unternehmen eine Pflicht zur Datenherausgabe verstärkt zu prüfen“, so Liebing. Diesen Impuls der Datenstrategie sollte der Gesetzgeber beim Datennutzungsgesetz berücksichtigen: Denn kommunale Unternehmen stehen in vielen Bereichen wie Energie und Verkehr im Wettbewerb zu privaten Unternehmen und finanzieren sich im Regelfall über private Entgelte.

„Wenn nur öffentliche bzw. kommunale Unternehmen ihre Daten zur Nutzung veröffentlichen müssen, werden sie im Wettbewerb mit privaten Unternehmen strukturell benachteiligt. Ob Datenerhebung, -aufbereitung, -nutzung oder -bereitstellung: Wir brauchen gleiche Regeln für alle. In den Bereichen der Daseinsvorsorge sollten daher alle Unternehmen ihre Daten offenlegen: also private und kommunale Unternehmen. Mit einem solchen Level-Playing-Field könnte die Bundesregierung strukturelle Nachteile zulasten der kommunalen Unternehmen und Daseinsvorsorge verhindern und Wettbewerb auf Augenhöhe ermöglichen. Hier sollte der Impuls der Datenstrategie spürbar auf das Datennutzungsgesetz einwirken.“

Insgesamt ist aus VKU-Sicht ein konsistenter Rechtsrahmen zu Datenaustausch und -nutzung sowie Wettbewerb auf Augenhöhe notwendig, damit kommunale Unternehmen die nötige Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit bekommen. So könnten sie ihre Digitalisierungsstrategien und -vorhaben vorantreiben und zugleich den digitalen Wandel der Städte und Gemeinden für alle gestalten.

*Bayerisches Digitalministerium:*

# Verwaltungs-Digitalisierung wird beschleunigt

**Immer mehr bayerische Kommunalverwaltungen werden digital. Im Rahmen des Programms „Digitales Rathaus“ vergab Digitalministerin Judith Gerlach weitere 163 Förderbescheide. Damit können Städte und Gemeinden, Landkreise und Bezirke bisher analog angebotene Serviceleistungen digitalisieren. Insgesamt erhalten diese Kommunen in der jetzigen Runde 1,55 Millionen Euro.**

Nach Gerlachs Worten „sind es die Bürgerinnen und Bürger inzwischen gewohnt, mal eben per Mausklick ein Handy zu kaufen oder eine Reise zu buchen. Diese einfache Nutzungsmöglichkeit erwarten sie zunehmend auch von staatlichen und kommunalen Dienstleistungen. Da wollen wir gleichziehen. Als Gesicht der Verwaltung zum Bürger muss die Kommune von heute digital und serviceorientiert sein.“

### *„Digitales Rathaus“*

Mit dem Programm „Digitales Rathaus“ unterstützt der Freistaat die bayerischen Städte und Gemeinden, Landkreise sowie Bezirke bei der Bereitstellung von neuen Online-Diensten. Für das seit Oktober 2019 laufenden Förderprogramm stehen insgesamt 42,7 Millionen Euro bereit. Gemeinden, Zusammenschlüsse von Gemeinden sowie Gemeindeverbände im Freistaat Bayern können diese Zuschüsse im Rahmen des Förderprogramms für die erstmalige Bereitstellung von Online-Diensten erhalten. Mit dem „Digitalen Rathaus“ leistet der Freistaat Bayern einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes im kommunalen Bereich.

Nachdem das Ministerium die wichtigsten Top-Verwaltungsleistungen zur Verfügung stellt, sind laut Gerlach jetzt die Kommunen gefordert, diese über den sogenannten BayernStore zu aktivieren. Besonders aktiv sind beispielsweise bereits Würzburg, Augsburg, Ingolstadt, Amberg, Straubing, Nürnberg und Bamberg. Diese Städte bieten bereits eine Vielzahl der Top-Leistungen für Bürgerinnen und Bürgern beziehungsweise Unternehmen an.

Nach Ansicht der Ministerin „gehört das gute alte Stempelkarussell ins Museum“. Serviceleistungen wie die Kfz-Anmeldung oder ein Antrag auf Elterngeld sollten künftig in jeder Kommune Bayerns ganz selbstverständlich auch online möglich sein. Ziel sei die weitgehend papierlose Verwaltung. Die Kommunen müssten baldmöglichst die Online-Services bei sich umsetzen.

Wie geplant stehen seit dem Jahreswechsel Online-Anträge für die wichtigsten Top-Leistungen zur Verfügung. Dazu zählen etwa die Beantragung des Familiengeldes oder einer Geburtsurkunde. Die bayerischen Rathäuser, Landratsämter und Bezirksverwaltungen können jetzt ihre wichtigsten Dienstleistungen nach und nach online anbieten. Für die Bürger wird es damit deutlich einfacher, zum Beispiel Wohngeld zu beantragen oder ihren neuen Hund anzumelden.

Neben den Online-Diensten, die Kommunen selbst entwickelt haben, stehen den umsetzenden Kommunen weitere Lösungen entweder zentral zur Verfügung (bereitgestellt durch den Freistaat oder den Bund) oder es gibt entsprechende Angebote auf dem Markt. Einige Services befinden sich bei ausgewählten Kommunen noch in Pilotierung, um die Anträge an den Bedürfnissen der Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern auszurichten. Diese werden den Kommunen in den nächsten Monaten bereitgestellt. **DK**

*Bayerischer Städtetag:*

# Erfahrungen mit mebis und Erwartungen an BayernCloud

**Das Kultusministerium musste zuletzt heftige Kritik von allen Seiten wegen der wiederholten Ausfälle seiner Internet-Lernplattform mebis einstecken. Der Bayerische Städtetag hat Sorge, dass sich ähnliche Probleme bei der Einrichtung der neuen BayernCloud Schule wiederholen könnten. Das Kultusministerium muss zeitnah präzise Angaben über Zeitplan und Inhalt der weiteren Umsetzung der BayernCloud Schule vorlegen und abstimmen.**

Während sich die kommunalen Spitzenverbände in diversen Verhandlungsrunden mit unbegründeten Vorwürfen konfrontiert sahen, dass staatliche Förderprogramme zu langsam abgerufen würden, zeigen die wiederholten Ausfälle bei der staatlichen Lernplattform mebis, wie sehr das Kultusministerium mit eigenen Hausaufgaben bei der Umsetzung der digitalen Schule ins Hintertreffen gerät. So hat etwa Anfang Januar der Kultusminister gebeten, die digitale Lernplattform mebis nach Schulen gestaffelt im Viertelstundentakt aufzurufen und möglichst nur in geringem Umfang zu nutzen. Dies geschieht ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, an dem die zentrale Lernplattform wegen des erneuten Distanzunterrichtes dringend gebraucht wird.

Erst vor kurzem haben sich die kommunalen Spitzenverbände in intensiven Verhandlungen mit dem Freistaat darauf geeinigt, dass die Kommunen im Auftrag des Freistaates Lehrerdienstgeräte anschaffen. Nach der Vereinbarung muss der Freistaat Bayern dafür sorgen, dass zur zweckentsprechenden Verwendung der Lehrerdienstgeräte rasch geeignete Komponenten einer zentralen BayernCloud Schule zur Verfügung stehen.

### *Detaillierte Pläne fehlen*

Bereits beim Schuldigitalisierungsgipfel im Sommer 2020 ist die Einrichtung einer BayernCloud Schule vom Freistaat Bayern zugesagt worden. Die SchulCloud ist eine wichtige Basis, weil digitale Schule nur funktionieren kann, wenn Lehrkräfte auf eigene Dienste (E-Mailadressen, Postfächer, Kommunikations-, Lern- und Verwaltungssoftware) zugreifen können. Die Umsetzung lässt allerdings auf sich warten.

Obwohl in einem gemeinsamen Arbeitspapier Mitte vergangenen Jahres viele Details einer BayernCloud Schule festgehalten sind, wurden den kommunalen Spitzenverbänden vom Kultusministerium bis heute keine detaillierten Pläne vorgelegt, wie, ab welchem Zeitpunkt und mit welchem Finanz- und Personalaufwand die erforderlichen zentralen Dienste erarbeitet werden und in welchem Umfang sie für den Einsatz in der Praxis bereitstehen.

Die kommunalen IT-Ämter sind für ihre eigenen Planungen darauf angewiesen, hier schnell Planungssicherheit zu erhalten. Bislang stellen sie quasi als Ausfallbürgen diverse zentrale Dienstleistungen den Schulen (auf freiwilliger Basis) im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Verfügung. Gleichzeitig wachsen mit der Anschaffung von immer mehr Endgeräten die Anforderungen an Wartung und IT-Support.

Eine Förderrichtlinie für die Kosten von Wartung und Support ist zugesagt, bislang aber noch nicht umgesetzt. Auch wenn dem Kultusministerium vor Verabschiedung des Staatshaushalts die Hände gebunden sind, läuft die Zeit davon. Die Kommunen sollen zusätzliches IT-Personal einstellen, obwohl Details der Förderung noch nicht feststehen. Sie sollen für die Einsatzfähigkeit der Endgeräte sorgen, obwohl der Freistaat sich bedeckt hält, welche zentralen Softwaredienstleistungen er bereitstellt. Wenn das Kultusministerium nicht bald in die Gänge kommt und präzise Angaben und Zeitpläne zur Umsetzung seiner BayernCloud Schule vorlegt, drohen neuerliche Probleme. **IBSt**

### *Gesünder durch die Pandemie*

Nach Auffassung des Bitkom-Präsidenten Achim Berg ist eine ambitionierte Datenstrategie überfällig: „Mit einer Datenstrategie würden wir sehr viel besser und gesünder durch die Corona-Pandemie kommen. Diese Krise sollte auch den Skeptikern vor Augen geführt haben, welche herausragende Bedeutung aktuelle und qualitativ hochwertige Daten zum Beispiel für die Pandemiebekämpfung oder für die Bewertung der Wirksamkeit politischer oder epidemiologischer Maßnahmen haben. Und welche Folgen es hat, wenn Entscheidungsträger nicht auf solche Daten zurückgreifen können. Auch mit Blick auf Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz dürfen wir nicht mehr ausschließlich darüber diskutieren, wie wir Daten vermeiden können. Wir müssen vielmehr eine sichere, verantwortungsvolle und die Privatsphäre der Menschen schützende Nutzung ermöglichen.“

Vor mehr als einem Jahr habe die Bundesregierung Eckpunkte für eine Datenstrategie vorgelegt, so Berg. Jetzt müsse man aus dem Diskussions- in den Umsetzungs-Modus wechseln. Dabei gelte es, bestehende Rechtsunsicherheiten aufzulösen, die den Einsatz neuer Technologien hemmen. „Wir brauchen einen kohärenten Regulierungsansatz, der die bisher vorhandenen, oft unkoordinierten Maßnahmen verzahnt. Damit hat Deutschland die Chance, zum Vorbild für ganz Europa zu werden.“ **DK**

*Smartes Gesundheitsnetzwerk Schwarzach-Regen:*

# Innovationen für die Gesundheitsversorgung

**In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer IIS gründet die Integrierte Ländliche Entwicklung Schwarzach-Regen aktuell das Smarte Gesundheitsnetzwerk in der Region Schwarzach-Regen. Die ILE Schwarzach-Regen ist ein Zusammenschluss aus zehn Kommunen in der nördlichen Oberpfalz. Dabei sollen nicht nur medizinische Akteur*innen, sondern auch Unternehmen, die offen für Neues sind, Forschungseinrichtungen und andere Interessierte angesprochen werden.**

Ziel ist, die Gesundheitsversorgung im Raum der ILE Schwarzach-Regen durch den Einsatz neuer Strategien und digitaler Innovationen weiterzuentwickeln und damit für die Zukunft zu sichern. Gleichzeitig soll die regionale Wirtschaft gestärkt werden, in dem Unternehmen vor Ort neue Handlungsfelder erschließen können.

Ende Januar 2021 hat die erste Informations- und Austauschrunde zwischen möglichen Akteuren im Smarten Gesundheitsnetzwerk (SGN) Schwarzach-Regen stattgefunden. Martin Birner, Erster Bürgermeister von Neunburg vorm Wald und Sprecher der ILE Schwarzach-Regen erklärte: „Das ist eine einmalige Chance ein innovatives Netzwerk nachhaltig aufzubauen. Diese Chance sollten wir nicht verpassen.“ Es sollen Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung für die Bürger in der Region geschaffen werden. „Jeder kann davon profitieren!“, so Birner.

Die Informationen der Online Veranstaltung wurden von den Teilnehmern sehr positiv aufgenommen. Aus verschiedensten Richtungen signalisierten die Akteure ihr Interesse an einer weiteren Beteiligung am Bündnis. Die Entstehung des Netzwerkes ist Teil des Projektes WIR! (Wandel durch Innovation in der Region) vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Das WIR!-Projekt ist zweistufig angelegt. Derzeit befindet sich das Bündnis in der Konzeptphase und wird sich Ende Mai mit ersten Projektideen für die Umsetzungsphase bewerben. Sollte das SGN Schwarzach-Regen in die Umsetzungsphase gelangen, können für viele verschiedene Projekte in der Region bis zu 15 Millionen Euro vom BMBF abgerufen werden.

„Um diese Chance nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, möchten wir so viele Bürger wie möglich zur Beteiligung aufrufen“, erklärt Martin Birner. Ab sofort sind alle Einwohner und Interessierte der Region aufgerufen, ihre Ideen online zu stellen: https://www.ile-schwarzach-regen.de/de/sgn

Um konkrete Projektideen zu entwickeln, werden Ideenworkshops online durchgeführt: „Medizinische Fachkräfte anziehen“ am 23.02.21, „Medizinische Versorgung verbessern“ am 10.03.21 und „Gesund leben und wohnen“ am 16.03.21. Hierzu sind alle Interessierten herzlich eingeladen. ❐

*STMWI-Webinar:*

# Smart City – Schaffung von Innovationsräumen

**Ein bayerisch-israelischer Austausch**

**Die Digitalisierung wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus und verändert die Struktur der Städte und Gemeinden. In der Smart City machen es Daten, Sensoren und Analytics heute möglich, die kollektive Intelligenz der Bewohner besser zu nutzen – für mehr Effizienz und Lebensqualität. Wie entsprechende Innovationsräume gestaltet werden können, darüber informierte ein Webinar des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. Moderiert wurde der bayerisch-israelische Austausch von Florian Obermayer, STMWI, Abteilung Internationalisierung (Israel).**

„Smart City ist die utopische Idee (im positiven Sinne) und steht in Tradition von Vorstellungen von der ‚idealen Stadt'", machte Obermayer eingangs deutlich. Smart City schaffe Rahmenbedingungen für das Zustandekommen von Innovation, die wiederum eine Vision benötigt. Lebensqualität sowie Standortattraktivität seien die höchsten Ziele einer jeden Kommune. Ein strategisch durchdachtes digitales Ökosystem könne diese noch maßgeblich steigern.

Derzeit geht im Münchner Kreativquartier ein neuer Smart City Hot Spot seiner Fertigstellung entgegen: das Munich Urban Colab. Gebaut wird dieses neue Innovations- und Gründerzentrum für Smart City Solutions von der UnternehmerTUM und der Landeshauptstadt München. Im Dialog mit der Stadtverwaltung und der Öffentlichkeit sollen laut Sabine Hansky (UnternehmerTUM/Munich Urban Colab) Start-ups, Corporate Innovators, Wissenschaftler und Kreative aus verschiedenen Branchen und Disziplinen gemeinsam unter einem Dach an innovativen Lösungen für die Weiterentwicklung Münchens arbeiten. Inmitten der Stadt werden Innovationen unter anderem zu den Themen Mobilität, Wohnen und Arbeiten, Gesundheit, Umwelt, Energieversorgung, etc. entwickelt und erprobt.

Hansky zufolge bieten Technologien wegweisende Lösungen, „jedoch ist Smart nicht gleich lebenswert". Schlaue Städte seien nicht automatisch lebenswerte Städte. Eine smarte Stadt sei nicht nur eine vernetzte Stadt, sondern auch eine Stadt, die Menschen eine hohe Lebensqualität bietet und dabei ökologisch verantwortungsvoll ist. Dafür würden individuelle Konzepte benötigt, die die Bürger zur Mitwirkung einladen. „Die Menschen stehen im Mittelpunkt, Teilhabe ist wichtig", unterstrich Hansky.

## Innovationsökosysteme

Wie kann die Kluft zwischen der digitalen Wirtschaft und der traditionellen Industrie reduziert werden? Kanarit Ltd. Disrupting Cities beantwortet diese Frage durch die Schaffung von Innovationsökosystemen. Wie Jennifer Werthwein und Erez Mizrachi in ihrem „bayerisch-israelischen Austausch" erläuterten, sind Städte die Basis für Innovation und Treiber für Zukunft. Das Ziel einer jeden Smart City Strategie müsse sein, die Menschen für ihre Städte zu begeistern. Hierzu gibt es drei Ansatzpunkte:

- persönliche Entwicklung der Bürger (digitale Fähigkeiten, Talente entdecken und fördern)
- regionale Wirtschaft (Zukunftsmotoren eruieren und fördern)
- Stadt der Zukunft (neue innovative Ökosysteme und Innovationsräume schaffen).

Werthwein und Mizrachi zufolge ist es wichtig, die eigene DNA und den kompetitiven Vorteil der Stadt zu finden. Diese dürfe nicht nur verwalterisch tätig sein, sondern müsse proaktiv agieren, in dem sie zum Beispiel den Verlustängsten der Bürger begegnet und sie an neue Möglichkeiten heranführt. Es gehe darum, Probleme lösen zu wollen und sie nicht nur zu benennen. Technologie allein löse die Probleme nicht, sondern schaffe eine Gegenbewegung.

## Die Stadt als Mikrokosmos globaler Entwicklungen

Für Florian Gleich, Referent beim Bayerischen Städtetag, ist die Stadt ein Testfeld für Innovation, ein Mikrokosmos globaler Entwicklungen. Der Digitale Wandel fordert aus seiner Sicht „weit mehr als die Erfindung des Buchdrucks Kreativität und Gestaltungswillen – und den Mut, gelegentlich zu scheitern" – Stichwort trial and error.

Erforderlich sei, den Innovationsgeist der Bürgerinnen und Bürger, der lokalen Wirtschaft (insbesondere Startups) und der Wissenschaft zu fördern und in Workshops sowie bei kommunalen Beschaffungen einzuholen. Ratsam sei es zudem, die Kooperation mit anderen Kommunen zu suchen. Durch einen stetigen Ausbau der Standortqualität (analog und digital) sei ein Innovationsgewinn zu erzielen. Gleichwohl dürfe Innovation nicht um jeden Preis stattfinden; es gelte, alle Menschen mitzunehmen und die Verlässlichkeit der Kommunalverwaltungen beizubehalten.

„Insgesamt", so Gleich, „bieten Städte den perfekten Rahmen für Innovation. Dieser Rahmen muss im ständigen Dialog gefüllt werden."

„Es geht nicht um die rhetorische Frage, die bereits die Antwort vorgibt, wie wir leben werden, sondern um die ergebnisoffene und partizipative Auseinandersetzung, wie wir leben wollen", erklärte Daniel Schöberl (BayWa AG Global Produce). Die Schaffung von Innovationsräumen habe auch mit langfristiger Sicherung der Lebensgrundlagen für die nächsten Generationen zu tun. Dabei bedürfe es eines Gesamtkonzepts aus Smart City und Green City, sprich aus Technik und Natur.

## Handlungsfelder

Der gesamte Kosmos an Möglichkeiten für das Ziel der resilienten und wortwörtlich nachwachsenden Stadt und auch Gemeinde ist nach Darstellung Schöberls in den Handlungsfeldern Wasser, Begrünung, ökologische Gebäude, Nahrungsmittelproduktion im städtischen Raum, erneuerbare Energien nutzen, Mikromobilität, intelligente Gebäude und autarke Energieversorgung integriert. Dabei bilde die SmartCity einen wichtigen Aspekt, aber nicht die alleinige Antwort auf die globalen Herausforderungen.

Laut Schöberl steht die SmartCity für die intelligente und vernetzte Stadt, die GreenCity dagegen für die nachhaltige, naturnahe und vor allem lebenswerte Stadt. Aus diesen beiden, bisher unabhängig voneinander betrachteten Stadtkonzepten, soll ein ganzheitliches und modulares Gesamtkonzept aus regenerativer und ökologischer Gebäudeplanung entwickelt, und somit der Nachhaltigkeit ein Gesicht verliehen werden.

„Es geht also um innovative Lösungen, bei denen Neues entdeckt, aber auch altes Wissen wiederentdeckt wird – neben Technik und Digitalisierung auch Handwerkskunst und Tradition", erläuterte der Projektmanager und ergänzte: „Es geht um die Verbindung in vielerlei Hinsicht – um die digitale Vernetzung, aber auch um die Verbindung wieder zur Natur." Es brauche einen Innovationsraum, in dem die Akteure, die eine Antwort auf den Wandel bieten, sich vernetzen können. Gleichzeitig würden aber Experimentierflächen und Freiluftlabore für ideale Lösungen, die zum Anfassen sind und zum Nachahmen einladen, benötigt.

Bei einer nachfolgenden Chat-Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass sich mittlerweile zwischen 30 und 40 Kommunen in Bayern in der Nationalen Dialogplattform Smart Cities des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat einbringen. Die Landeshauptstadt München zeigte sich bereit, Erfahrungswissen zu teilen.

## Der Mensch im Vordergrund

Letztlich, so hieß es weiter, müsse immer der Mensch im Vordergrund stehen. Neue Lösungen müssten den Menschen dienen. Nicht alle Menschen seien smart und damit privilegiert. Es gelte, Ausgrenzung durch Digitalisierung zu verhindern.

Städte müssten Gelegenheiten ergreifen, alle Akteure bzw. Netzwerke einer Stadt einzubinden. Im Übrigen sei auch der ländliche Raum zu berücksichtigen. Beim Modellprojekt „Smart Cities Smart Regions - Kommunale Digitalisierungsstrategien für Städtebau und Mobilität der Zukunft" des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr gehe es genau darum, die Vorteile der Digitalisierung räumlich nutzbar zu machen. „Es muss um neue Gestaltungsspielräume gehen und wir müssen die Themen formulieren, für die es Lösungen braucht", so der Tenor. **DK**

*Clubhouse:*

# Nur ein Trend oder ein neuer Kanal für die Behördenkommunikation?

*Von Dr. Stefan Döring, Fachlicher Leiter Digitale Kommunikation, IT-Referat der Stadt München*

**Clubhouse ist aktuell in aller Munde. In der Serie #ExplainIT , die auf www.muenchen.digital abrufbar ist, sehen wir uns die App etwas genauer an: Warum ist die Begeisterung so groß? Ist Clubhouse etwas für Behörden und worauf sollten Nutzerinnen und Nutzer beim Thema Datenschutz achten? Hier finden Sie die Antworten:**

## Clubhouse – ein soziales Netzwerk zum Zuhören

Die Möglichkeit, sich im Internet mit bekannten und fremden Menschen zu allen möglichen Themen auszutauschen, ist nicht neu. Es gibt mittlerweile zahlreiche soziale Netzwerke wie Twitter oder LinkedIn, bei denen man auf unterschiedlichen Wegen seine Interessen mit anderen teilen kann. Auch Clubhouse, die App der hierzulande noch unbekannten US-Amerikanischen Firma Alpha Exploration, ist ein soziales Netzwerk. Nur basiert dieses nicht auf Text-Nachrichten, Bilder oder Videos, sondern lädt zum Zuhören ein.

Clubhouse bietet eine Plattform für Gespräche in Echtzeit, etwa so wie in einer Telefonkonferenz oder einer Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung. Bei den Themen sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt. In Kategorien wie Sport, Politik, Kunst und Unterhaltung ist für alle etwas dabei. Anders als in den bekannten sozialen Netzwerken können aber keine schriftlichen Kommentare oder ein „Gefällt mir" per Knopfdruck hinterlassen werden. Man kann sich aktiv nur per Audiofunktion an einer Diskussion beteiligen – oder einfach nur zuhören.

Bei der Anmeldung legt man bis zu fünf Interessengebiete fest. Auf dieser Basis werden einem sogenannte Communities, also Gemeinschaften, die sich zu bestimmten Themen zusammengeschlossen haben, vorgeschlagen. Alle Mitglieder können im Rahmen dieser Communities Gesprächsräume eröffnen – für alle zugänglich oder für bestimmte Nutzerinnen und Nutzer beschränkt.

Wie viele Nutzerinnen und Nutzer die App inzwischen hat, wollen die Betreiber nicht preisgeben. Der Wert, der bisher von Investoren finanzierten App, wird aber jetzt schon auf über 100 Millionen Dollar geschätzt.

## Kann jede und jeder bei Clubhouse mitmachen?

Nein. Der Zutritt zum Netzwerk ist bisher eingeschränkt. Anmelden kann man sich nur, wenn man eine Einladung von einer anderen Nutzerin oder einem anderen Nutzer bekommen hat. Alternativ gibt es eine Warteliste, deren Abarbeitung aber unklar ist. Eine weitere Zugangsbeschränkung ist, dass die App aktuell nur für das Apple Betriebssystem iOS verfügbar ist.

Laut den Clubhouse-Betreibern läuft die App bisher in einer Art Testversion, bei der zu viele Nutzerinnen und Nutzer das System überlasten könnten. Sicherlich steckt hinter der Strategie der Verknappung aber auch ein gehöriges Stück Marketing. Der eingeschränkte Zugang regt die Neugierde potenzieller Nutzerinnen und Nutzer an.

Aber auch wenn man eine der begehrten Einladungen erhalten hat und sich bei der App anmelden konnte, heißt das nicht, dass man automatisch überall mitreden kann. Die Betreibenden des jeweiligen Gesprächsraumes bestimmen, welche Mitglieder nicht nur zuhören, sondern auch sprechen dürfen. Aus einem sehr interaktiv angelegten Format wird so für viele Nutzerinnen und Nutzer eher ein Podcast. Ein Weg dieses Problem zu umgehen, ist selbst Räume zu gründen und andere für die eigenen Inhalte zu gewinnen.

## Viele offene Fragen zum Datenschutz bei Clubhouse

Beim Thema Datenschutz gibt es bei Clubhouse noch erheblichen Verbesserungsbedarf. So können neue Nutzerinnen und Nutzer grundsätzlich nur unter Eingabe einer Mobilfunknummer hinzugefügt werden. Datenschützerinnen und Datenschützer mahnen, dass es technisch bereits bessere Lösungen mit gleichem Funktionsumfang gibt.

Wer die App mit allen Funktionen nutzen will, muss zudem allerhand Daten teilen. Beispielsweise das eigene Adressbuch auf dem Telefon. Ohne diesen Zugriff können in der App keine Freunde eingeladen werden. Diese Freigabe betrifft zwangsläufig auch unbeteiligte Kontakte. Deren Einverständnis liegt dafür nicht vor. Auch ist aktuell mehr als unklar, was mit den ganzen Daten passiert oder wofür sie verwendet werden.

Problematisch ist außerdem, dass Clubhouse bislang keine direkte Option zur Löschung des eigenen Profils anbietet. Diese muss umständlich per E-Mail angefragt werden. Was nach der Anfrage passiert, wie der Prozess gestaltet ist und ob die persönlichen Daten tatsächlich gelöscht werden, bleibt unklar.

Auch bei den eigenen Beiträgen in Gesprächsrunden besteht ein Problem. Nach Aussagen der Betreiberfirma werden Gespräche aufgezeichnet und für einen bestimmten Zeitraum gespeichert. Das soll die Nachverfolgbarkeit möglicher Verstöße gegen die Nutzungsbedingungen sicherstellen. Wehren kann man sich dagegen nicht. Möglicherweise verstoßen die Datensammel-Praktiken von Clubhouse sogar gegen die Europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Da das Betreiberunternehmen Alpha Exploration keinen Sitz in der EU hat, ist eine rechtliche Verfolgung allerdings schwierig.

Wie heikel das Thema Datenschutz ist, zeigt sich deutlich daran, dass die Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) den Betreiber der Clubhouse-App im Januar 2021 abgemahnt hat. Auch der Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit verlangt von den Betreibern der Clubhouse-App Auskunft über den Schutz der Privatsphäre.

## Clubhouse für Behörden?

Grundsätzlich sollte sich Behördenkommunikation an den Kanälen ausrichten, in denen die Zielgruppen sich austauschen und informieren. Neue Apps im Auge zu behalten und auszutesten, ist daher nicht nur legitim, sondern Aufgabe von Social Media Beauftragten.

Aus unserer Sicht ist Clubhouse grundsätzlich auch für Organisationen interessant. Die App folgt dem Trend der beliebten Podcasts und trifft augenscheinlich einen Nerv. In den Diskussionsrunden lässt sich Wissen vermitteln und können Themen diskutiert werden. Clubhouse ist auch ein möglicher Kanal für Behörden, um mit Bürgerinnen und Bürger im Sinne der Partizipation ins Gespräch zu kommen. Für unsere Events sehen wir Einsatzmöglichkeiten für Diskussionsrunden – gerade bei digitalen Veranstaltungen. Auch für Personalgewinnung und -marketing kann die App interessant sein. Allerdings sieht Clubhouse aktuell keinen Betrieb durch Organisationen vor.

Gleichzeitig wird der größere Teil der Gesellschaft aktuell ausgeschlossen. Denn viele Menschen haben kein iPhone. Angesichts der vielen weiteren offenen und durchaus problematischen Datenschutzthemen bleibt bei allem Hype zudem ein großes Fragezeichen. Dieses ist so groß, dass sich aus unserer Sicht ein Einsatz für Behörden aktuell nicht empfiehlt und sogar verbietet. Wir jedenfalls beobachten erst einmal von außen. ❐

*Kommunales GIS-Forum 2020:*

# Am Puls der digitalen Stadt

**Auf dem Kommunalen GIS-Forum des Runden Tisches GIS e.V. hatten 250 Gäste die Möglichkeit, mit Experten und Kollegen aus Wirtschaft und Verwaltung aktuelle Themen und ihre Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren. Die virtuelle Konferenz wurde in Kooperation mit der Stadt und dem Landkreis Neu-Ulm veranstaltet.**

Im Zentrum des Online-Meetings standen intelligente Stadtvorhaben im Kontext der Digitalisierung. Damit diese Smart-City-Projekte keine theoretischen Platzhalter bleiben, braucht es laut Philipp Willkomm, 2. Vorsitzender des Runden Tisch GIS e.V., den Einsatz moderner Technologien wie GIS-Lösungen, Open-Data-Strukturen oder Sensoren am jeweiligen „Puls der Stadt".

In seiner Keynote zum Thema „Vom Europäischen Datenraum zu urbanen Datenräumen" wies Jörn von Lucke, Professor am Open Government Institute der Zeppelin Universität in Friedrichshafen darauf hin, dass die Herausforderung der kommenden Jahre unter anderem in der Gestaltung des Internet der Dinge (IoT) im öffentlichen Raum liegt. Zum einen stehe die Frage im Mittelpunkt, welche smarten Objekte mit Sensoren im urbanen sowie ländlichen Raum zur Verfügung stehen und wie diese erschlossen werden können. Eine weitere große Herausforderung bestehe darin, diese über Netzwerke zu erschließen. Zudem stehe die Frage nach den Plattformen im Zentrum der Überlegungen. Luckes Augenmerk richtet sich hierbei vor allem auf GIS-Plattformen.

## Datenschutz und ethische Grundsätze

Bei allen Überlegungen zu smarten Daten geht es Lucke zufolge am Ende auch um den Datenschutz und ethische Grundsätze, wobei in diesem Kontext Leitlinien wichtig seien. Notwendig sei eine klare Datenstrategie, getreu dem Motto „Gestalten und nicht nur Verwalten". Der Professor beschrieb den Gesamtprozess als Setzen von Leitplanken, um die Orientierung nicht zu verlieren, und verwies dabei auf Ulm und dessen Datenhub als ein gutes Beispiel smarter Datennutzung.

Praktische Anwendungen am „Puls der Stadt", sprich unterschiedliche Entwicklungen im Sensor- und Netzwerkbereich, bildeten einen Tagungsschwerpunkt. Hierzu präsentierten Christian Mayr, Leiter Technologiezentrum bei der LEW Verteilnetz GmbH, sowie der Leiter Prozesse und Services der LEW Verteilnetz GmbH, Martin Thoma, ihre Lösung „LEW Inno.Live". Das Versprechen dahinter: Das Tool bietet die notwendige Infrastruktur und die dazugehörige Software-Plattform, um Städte und Kommunen auf dem Weg zur intelligenten Stadt zu begleiten. Die Technologie ermöglicht es, Daten zu erheben und intelligent miteinander zu verknüpfen. Das System baut auf das Long Range Wide Area Network (LoRaWAN) als kostengünstige, strahlungsarme und reichweitenstarke Lösung.

## LoRaWAN-Lösung

Laut Mayr liegt ein wesentlicher Vorteil von LoRaWAN in den großen Anwendungsmöglichkeiten innerhalb von Smart Cities. Diese reichten vom Lademanagement über Sicherheitssysteme bis hin zu intelligenten Lichtsteuersystemen und dem Parkplatzmanagement sowie dem Straßenmanagement über Umweltsensorik. Bei diesem Punkt skizzierte der Leiter des Technologiezentrums unter anderem das Bild von Erdfeuchtesensoren im praktischen Einsatz, um die Bodenfeuchte zu messen. Ein wichtiges Thema, ist doch die Pflanzenbewässerung für viele Städte und Kommunen mit einem enormen Kosten- und Zeitaufwand verbunden.

Anna-Laura Liebenstund, Leiterin der Geschäftsstelle NordAllianz Metropolregion München Nord, informierte über ein Smart-City-Pilotprojekt zur Messung der Luftqualität. Dabei handelt es sich um einen interkommunalen Zusammenschluss aus den acht Kommunen Eching, Garching, Hallbergmoos, Ismaning, Neufahrn, Oberschleißheim, Unterföhring und Unterschleißheim.

Im Rahmen des Pilotprojekts messen 35 Sensoren die Luftqualität in der Region München Nord. Hierzu heißt es auf den Projektseiten: „Unser Pilotprojekt umfasst die Messung der Schadstoffe Feinstaub, Stickstoffdioxid und Ozon, um die aktuelle Luftqualität in der Region ermitteln zu können." Zudem sei geplant, das Projekt über einen Pilot-Zeitraum von 24 Monaten durchzuführen. „Die Daten werden im Kontext von weiteren Daten wie beispielsweise Wetterdaten analysiert, um einen umfassenden Eindruck über die lokale Luftqualität zu erhalten." Ein wichtiges Element sei die intelligente Vernetzung der Sensoren untereinander (IoT). Damit sollen Sensoren lernen, die gemessenen Luftwerte mit weiteren Werten, wie beispielsweise der Außentemperatur, abzugleichen und somit richtig einzuordnen.

Ebenfalls mit Sensoren befasste sich Bruno Willenborg von der Technischen Universität München in seinem Beitrag „LoRaWAN Sensornetzwerke für die Stadt der Zukunft – Alternativen zu 5G". Das Internet der Dinge ist Willenborg zufolge die Idee eines gemeinsamen Kommunikationsnetzwerks über alle Arten von miteinander verbundenen physikalischen Geräten. Unerlässlich seien hierbei Sensornetzwerke als elementarer Bestandteil des IoT.

## Sensornetzwerk

Im Rahmen eines Projekts in Kooperation mit dem Hans Eisenmann-Forum für Agrarwissenschaften der TUM wurde ein Sensornetzwerk für die Digitalisierung der Landwirtschaft am TUM-Standort in Weihenstephan aufgebaut. Bei den Anforderungen an Sensornetzwerke unterscheidet Willenborg zwischen Bereichen, in denen Infrastruktur vorhanden ist, wie Stromversorgung und ein Internetanschluss mit hohen Datenraten, und Bereichen, die völlig konträr dazu sind. Diese Gebiete verfügten meist nur über eine mangelnde Stromversorgung und Internetanbindung sowie geringe Datenraten bei den Anwendungen. Hierzu zählten etwa Sensoranwendungen zu Füllstandsmessungen beim Abwasser oder von Abfallbehältern.

Mit Blick auf die Anforderungen an Sensornetzwerke charakterisierte Willenborg den viel diskutierten 5G-Standard nicht als den alleinigen „Heilsbringer". Je nach Anforderung sei für IoT-Anwendungen in Smart Cities und in der digitalen Landwirtschaft entweder die 5G-Technologie geeigneter oder ein Low Power Wide Area Network (LPWAN) die Lösung. Nach Willenborgs Einschätzung ist LPWAN häufig technisch sinnvoller und auch günstiger.

Einen weiteren Vorteil im Aufbau eines Sensornetzwerks auf Basis von LoRaWAN sieht er darin, dass diese Netzwerke sich vollständig mit freier Software und offenen Formaten aufbauen lassen. Auch wies der Wissenschaftler darauf hin, dass standardisierte Formate und Dienste die Interoperabilität erhöhten und die Realisierung von Sensornetzwerken vereinfachten. **DK**

# Digitale Bildung in der Oberpfalz

**Virtueller Runder Tisch mit Akteuren aus Schulen, Kommunen und Wirtschaft**

**„Digitalisierung ist das gesamtgesellschaftliche Zukunftsthema Nummer eins – und das schon lange bevor die Corona-Pandemie das Brennglas darauf gerichtet, das Tempo beschleunigt und die Dringlichkeit verschärft hat", stellte Regierungspräsident Axel Bartelt beim Virtuellen Runden Tisch mit einem breit aufgestellten Teilnehmerfeld aus Schulpraxis, Kommunen und Wirtschaft fest. Insbesondere im Bereich der Schulen seien die Herausforderungen mit dem Wechsel von Präsenz-, Distanz- bzw. Hybridunterricht oft von heute auf morgen verstärkt worden.**

Um sich einen Überblick über die Situation in der Oberpfalz aus verschiedenen Blickwinkeln zu verschaffen, hatte Regierungspräsident Bartelt u.a. Franz Löffler, Bezirkstagspräsident und Landrat des Landkreises Cham, Richard Reisinger, Landrat des Landkreises Amberg-Sulzbach und Sprecher der Oberpfälzer Landräte, Martin Birner, Erster Bürgermeister der Stadt Neunburg v. Wald und Mitglied des Präsidiums des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Jürgen Helmes, Hauptgeschäftsführer der IHK Regensburg für Oberpfalz/Kelheim und Jürgen Kilger, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, geladen.

Der erste Blick auf die Fakten unterstreicht eine grundsätzlich positive Tendenz: Von den 465 öffentlichen Schulen in der Oberpfalz sind 285 und damit über 61 Prozent mit gigabitfähiger und damit mit für den Distanzunterricht notwendiger Infrastruktur erschlossen, davon wiederum 120 (26 %) mit FTTB, d.h. Glasfaseranbindung an das Gebäude (vgl. Bayern: 23%). Alle 345 öffentlichen Schulen, die über noch keine FTTB-Erschließung verfügen, nehmen an der Glasfaser/WLAN-Richtlinie (GWLANR) teil bzw. haben beim Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV) Interesse daran bekundet. Bei der WLAN-Abdeckung aller Klassenzimmer einer Schule nimmt die Oberpfalz mit 38,3 Prozent (220 Schulen) einen Spitzenplatz im Freistaat ein.

Im Vergleich zu 2019 konnte die digitale Ausstattung in den Klassenzimmern noch einmal deutlich gesteigert werden. So wuchs der Anteil der Klassenzimmer mit Beamer bzw. Großbildmonitor auf 78 Prozent (2019: 68 %), mit DokuCam auf 72 Prozent (2019: 61 %) sowie mit WLAN auf 50 Prozent (2019: 37 %). Die Anzahl der „digitalen Klassenzimmer" stieg auf 35 Prozent (2019: 23%). Von fast 10.800 Klassenräumen verfügen lediglich rund 520, das entspricht 4,8 Prozent, über keinen Internetanschluss.

## Entscheidender Mehrwert

Ein wesentlicher Bestandteil der Digitalen Bildung ist neben den technischen Voraussetzungen der Unterricht, der einen entscheidenden Mehrwert bieten und keinen bloßen Ersatz bislang analoger Darstellungsformen darstellen soll. Dafür stehen den Schulen auf Ebene der Oberpfalz 19 sog. Berater digitale Bildung zur Seite, die bei der Gestaltung des digitalen Wandels mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten (medienpädagogisch, informationstechnisch) unterstützen. Zentral dabei ist der Ausbau der Methodenkompetenz.

Auf Schülerseite geht es u.a. um den Umgang mit Medien und Technik sowie das Lernen über Medien – siehe Themen Datenschutz und Urheberrecht. Auf Lehrerseite stehen umfassende Fortbildungsmaßnahmen, insbesondere zur didaktischen Umsetzung der Digitalisierung und entsprechender Inhalte. Ziel ist es, die Schulen bei der Erstellung von Medienkonzepten zu unterstützen.

Einen Einblick in die digitale Schulpraxis boten die Schulleitungen Britta Büchau (Blindeninstitut Regensburg), Susanne Muffert (Grund- und Mittelschule Teublitz) und Siegfried Zistler (Staatliche Berufsschule Cham). Wie Susanne Muffert betonte, ist in Teublitz die gesamte Ausstattung grundsätzlich für alle Klassen der GS und MS nutzbar. Die Förderung der digitalen Bildung finde in den verschiedenen Bereichen der großen heterogenen Schule statt.

Ziel des Schulentwicklungsprogramms sei die Förderung des selbstständigen und selbstgesteuerten Lernens. Hierzu werden offene Unterrichtsformen, z.B. die Wochenplanarbeit in allen Jahrgangsstufen während der Lernzeit (iPad-Koffer, Lernbüro) gefördert. Hinzu kommen die Unterstützung der Methoden- sowie der Medienkompetenz.

## Fortbildungen

In diesem gebundenen Ganztagsstandort ist die Fortbildungskonzeption laut Muffert bedarfsgerecht auf den Einsatz der Geräte und Programme abgestimmt und wird flexibel angepasst. Außerdem werden kurze schulhausinterne Fortbildungen zu relevanten Themen durchgeführt.

Nach den Worten von Bezirkstagspräsident Franz Löffler ist Digitalisierung für den Bezirk Oberpfalz wie auch für den Landkreis Cham Standortfaktor und Zukunftssicherung. Rund 160.000 Euro investiert der Bezirk in seine Bildungseinrichtungen, mit dem Eigenbetrieb „Digitale Infrastruktur" baut der Landkreis Cham flächendeckend ein eigenes Glasfasernetz auf.

„Für die kommunale Familie ist der Ausbau der digitalen Bildungsinfrastruktur ein echtes Herzensanliegen", unterstrich der Chamer Landkreischef Richard Reisinger. Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister bemühten sich in Zusammenarbeit mit Bund und Land redlich, stetig voranzukommen, um den steigenden technischen Anforderungen gerecht zu werden. „Klar ist uns aber auch, dass wir da nachhaltig mit langem Atem operieren müssen, da es schon noch viele Baustellen gibt, die während des pandemiebedingten Distanzunterrichts schmerzlich sichtbar wurden."

IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Jürgen Helmes wies darauf hin, dass die bayerischen Industrie- und Handelskammern gemeinsam mit dem Bayerischen Wirtschaftsministerium eine digitale Qualifizierungsoffensive für betriebliche Ausbilder auf den Weg gebracht haben. „Der Stellenwert und die Rolle der 45.000 betrieblichen IHK-Ausbilderinnen und Ausbilder in Bayern ist vergleichbar mit den Lehrkräften an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen", bekräftigte Helmes.

Aus Sicht von Jürgen Kilger, Hauptgeschäftsführer Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, nimmt auch das Thema Digitale Bildung im Handwerk immer mehr Fahrt auf. Auffallend sei, wie schnell und motiviert sich junge Leute auf neue digitale Anwendungen und Techniken in ihrem Fachbereich einlassen. „Das kann man eindeutig als Chance sehen", erklärte Kilger. „Andererseits müssen wir auf diesem Weg auch wirklich jeden mitnehmen: Der Umgang mit digitalen Medien darf keineswegs Berührungsängste bei Jugendlichen erzeugen. Je praxisnäher er geschieht, desto besser." **DK**

# Bundeskabinett verabschiedet VerpackG-Novelle

**Das Bundeskabinett hat eine von Bundesumweltministerin Svenja Schulze eingebrachte Änderung des Verpackungsgesetzes beschlossen. Betroffen sind unter anderem Hersteller, Vertreiber und Online-Marktplätze. Kern der Novelle ist die Pflicht zur Mehrweg-Alternative im To-Go-Bereich, Mindestrezyklatanteile sowie eine Ausweitung der Pfandpflicht: „Künftig heißt es bei allen Getränkedosen und Flaschen aus Plastik: Pfand zurück," so Schulze.**

Ab 2023 sind Restaurants, Bistros und Cafés, die Essen für unterwegs oder To-Go-Getränke verkaufen, verpflichtet, ihre Produkte auch in Mehrwegverpackungen anzubieten. Die Mehrwegvariante darf nicht teurer sein als das Produkt in der Einwegverpackung. Außerdem müssen für alle Angebotsgrößen eines To-Go-Getränks entsprechende Mehrwegbecher zur Verfügung stehen. Von der Pflicht ausgenommen sind zum Beispiel Imbisse, Spätkauf-Läden und Kioske, in denen insgesamt fünf Beschäftigte oder weniger arbeiten und die eine Ladenfläche von nicht mehr als 80 Quadratmetern haben. Aber sie müssen den Kundinnen und Kunden ermöglichen, deren eigene Mehrwegbehälter zu befüllen.

Ab 2022 ist zudem ein Pfand auf alle Einweg-Getränkeflaschen aus Kunststoff verpflichtend. Außerdem müssen dann sämtliche Getränkedosen mit einem Pfand belegt werden. Die Gesetzesnovelle beendet die bisherigen Ausnahmeregelungen für bestimmte Getränke in Plastikflaschen und Dosen. Bislang waren z.B. Fruchtsaftschorlen mit Kohlensäure pfandpflichtig, ein Fruchtsaft ohne Kohlensäure hingegen nicht. Künftig gilt grundsätzlich: Ist eine Getränkeflasche aus Einwegplastik, dann wird sie mit einem Pfand belegt. Ausnahmen für Fruchtsäfte oder alkoholische Mischgetränke in Einwegkunststoff-Getränkeflaschen oder Getränkedosen fallen weg. Für Milch oder Milcherzeugnisse gilt eine Übergangsfrist bis 2024.

### Mindestrezyklat-Anteil für Getränkeflaschen aus Einwegkunststoff

Neue Kunststoffflaschen sollen künftig möglichst nicht mehr aus Erdöl, sondern zunehmend aus altem Plastik hergestellt werden. Daher sieht die Novelle des Verpackungsgesetzes erstmals einen Mindestrezyklat-Anteil für Getränkeflaschen aus Einwegkunststoff vor. Ab 2025 müssen PET-Einweggetränkeflaschen mindestens 25 Prozent Recycling-Kunststoff enthalten, ab 2030 erhöht sich diese Quote auf mindestens 30 Prozent und gilt dann für alle Einwegkunststoffflaschen. Die Hersteller können selbst entscheiden, ob sie diese Quote pro Flasche oder über ein Jahr verteilt in Bezug auf ihre gesamte Flaschenproduktion erfüllen möchten.

Weiterer Inhalt der Gesetzesnovelle: Betreiber von Online-Marktplätzen sowie Fulfillment-Dienstleister müssen künftig prüfen, dass die Hersteller von verpackten Waren auf ihrer Plattform im Verpackungsregister der Zentralen Stelle verzeichnet sind und sich an das Verpackungsgesetz halten.

Nach dem Beschluss des Bundeskabinetts muss die Novelle des Verpackungsgesetzes vom Bundestag verabschiedet werden und den Bundesrat passieren.

Laut dem Vizepräsidenten des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Patrick Hasenkamp, „unterstützen wir die Initiative des Bundesumweltministeriums voll und ganz. Es ist mehr als überfällig, den umweltschädlichen To-Go-Konsum endlich zurückzudrängen. Neben dem für jeden Menschen sichtbaren ökologischen Schaden, den diese Ressourcenverschwendung mit sich bringt, ist der hohe Konsum von Einwegmaterialien aus Plastik auch für die städtischen Haushalte und die Gebührenzahler problematisch. Insbesondere die größeren Fastfoodketten gründen ihr Geschäftsmodell unter anderem darauf, dass der Müll, der durch ihre Einwegverpackungen in der Umgebung anfällt, von anderen weggeräumt wird: nämlich von den kommunalen Stadtreinigern. Damit werden die Kosten einzelner Marktteilnehmer auf die Allgemeinheit abgewälzt. Das Vorhaben, Mehrweglösungen anzubieten, ist ein Baustein, dieses Ungleichgewicht zu beheben."

### Mehrweglösungen

Noch besser wäre es Hasenkamp zufolge, wenn nicht nur für das Plastikgeschirr Mehrweglösungen angeboten werden müssten, sondern auch für die Alternativen aus Papier oder Aluminium. „Denn man tut der Umwelt keinen Gefallen, wenn man eine andere Einwegverpackung nutzt. Ziel muss sein, keine zu nutzen. Bei den Einweggetränkebechern, für die unabhängig vom Material Mehrweglösungen angeboten werden müssen, ist das Umweltministerium mit guten Gründen über den Anwendungsbereich der EU-Einwegkunststoffrichtlinie hinausgegangen. Diesen Mut wünschen wir uns auch bei den Einweg-Lebensmittelverpackungen."

„Wichtig ist es uns, auch zu betonen, dass wir natürlich sehen, dass Einweglösungen während der Coronapandemie für die Gastronomie eine Möglichkeit bieten, wenigstens einen Teil der Einkünfte zu sichern. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, bereits jetzt die Weichen für eine nachhaltigere Gastronomie für die Zeit danach zu stellen." **DK**

# Bayern tritt Allianz für Entwicklung und Klima bei

**Die Staatsverwaltung des Freistaats Bayerns soll bis spätestens 2030 klimaneutral sein. Als eine Maßnahme ist die bayerische Landesregierung der Allianz für Entwicklung und Klima beigetreten, die vom Bundesentwicklungsministerium gegründet wurde.**

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller: „Der Klimawandel ist die Überlebensfrage der Menschheit. Es liegt an uns allen, vom Reden zum Handeln zu kommen. Deswegen freue ich mich sehr, dass der Freistaat Bayern vorangeht, klimaneutral wird und jetzt der Allianz für Entwicklung und Klima beigetreten ist. Bayern ist so absoluter Vorreiter bei Nachhaltigkeit. Ein Viertel der über 850 Unterstützer der Allianz für Entwicklung und Klima kommt aus Bayern. Das sind große Unternehmen wie die BayWa, die Allianz, aber auch Mittelständler, Apotheken und Kommunen. Sie alle strengen sich an; verringern und vermeiden Treibhausgase. Die verbleibenden Emissionen kompensieren sie mit Entwicklungsprojekten etwa zum Aufbau erneuerbarer Energien oder zum Schutz des Regenwaldes. Das schützt das Klima und hilft Millionen Menschen in Entwicklungsländern ganz konkret. Ich hoffe, dass viele weitere diesem guten Beispiel folgen und sich auf den Weg zur Klimaneutralität mit unserer Allianz machen."

Der Freistaat Bayern strebt bis zum Jahr 2030 eine klimaneutrale Staatsverwaltung an. Hierzu hat das Land mit dem Bayerischen Klimaschutzgesetz und dem Klimaschutzprogramm 2050 wichtige Grundlagen gelegt. Das Bayerische Umweltministerium ist bereits seit zwei Jahren klimaneutral, so wie sich auch viele Kommunen zum Ziel der Klimaneutralität bekannt haben, u.a. die Stadtverwaltung Nürnberg und die Stadt Kempten.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte: „Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen der Gegenwart. Kein Land allein kann den globalen Temperaturanstieg stoppen. Für wirksamen Klimaschutz müssen sich alle Nationen gemeinschaftlich engagieren."

### 100 Projekte, Strategien und Programme

Für Bayern gelte: „Wir stehen zu unserer Klimaverantwortung. Wir setzen unser Klimaschutzgesetz und rund 100 konkrete Projekte, Strategien und Programme konsequent um. Vom Moorschutz bis zum Thema Mobilität: Klimaschutz wird in Bayern Wirklichkeit. Unser konkretes Ziel: Der Freistaat soll bis spätestens 2050 klimaneutral werden, die Staatsverwaltung bis zum Jahr 2030. Um das zu erreichen, setzt Bayern auf eine konsequente Reduktion von Treibhausgasen. Unvermeidbare Emissionen werden kompensiert – regional und international. Mit dem Beitritt zur ‚Allianz für Entwicklung und Klima' unterstützt der Freistaat zusätzliche Klimaschutzprojekte zur CO2-Emissionsminderung in Entwicklungsländern. Damit leistet Bayern einen weiteren wertvollen Beitrag auf dem Weg zur Klimaneutralität." ❐

*Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung bvse:*

# Kreislaufwirtschaft für mehr Klimaschutz

**Den Beschluss der EU-Regierungschefs, das 55 %-Klimaziel bis 2030 zu erreichen, wertet Herbert Snell, Vizepräsident des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung als „extrem anspruchsvoll". „Wir können der Europäischen Union deshalb nur dringend raten, die Möglichkeiten der CO2-Reduktion, die die Kreislaufwirtschaft bietet, zu nutzen", so Snell.**

So könne zum Beispiel der Einsatz von Kunststoffrecyclat anstatt von Neuware große Mengen CO2 einsparen. „Momentan sehen wir aber einen gegenläufigen Trend. Kunststoffneuware ist so billig, dass deutlich weniger Recyclate eingesetzt werden, als es möglich wäre", kritisiert der bvse-Vizepräsident. Anspruch und Wirklichkeit der kunststoffverarbeitenden Industrie klafften hier noch weit auseinander. Es zeige sich, dass freiwillige Zielvereinbarungen schnell in den Hintergrund geraten, wenn der Preis stimmt. „Wir sehen daher keine andere Chance, als ordnungspolitisch einzugreifen und den Kunststoffeinsatz zu verteuern, wenn auf den Recyclateinsatz verzichtet wird."

Das klimarelevante Einsparungspotenzial von Kunststoffen ist enorm. So wurden in 2019 1,95 Mio. Tonnen an Recyclaten erzeugt, die immerhin 2,3 Mio. Tonnen an CO2 einsparen. Dabei sind die CO2-Einsparungen durch 1,16 Mio. Tonnen Kunststoffe, die zu Ersatzbrennstoffen aufbereitet wurden, noch gar nicht eingerechnet.

### Kunststoffabfälle sind Wertstoffe

Kreislaufwirtschaft für mehr Klimaschutz wird Snell zufolge aber auch dadurch konterkariert, dass es in Europa immer noch möglich und üblich ist, Kunststoffabfälle ganz legal zu deponieren. „Es muss endlich in das Bewusstsein der politisch Verantwortlichen dringen, dass Kunststoffabfälle kein Müll sind, sondern Wertstoffe, die es zu nutzen gilt. Die politischen Rahmenbedingungen für die gelebte Kreislaufwirtschaft sind aber noch lange nicht gegeben. Deshalb muss ein europaweites Deponieverbot für Haushaltsabfälle so schnell wie möglich umgesetzt werden", fordert der Vizepräsident und weist darauf hin, dass das deutsche Deponieverbot gezeigt habe, dass allein dadurch eine erhebliche CO2-Reduktion in Europa erreicht werden könne.

Der bvse mahnt zudem an, dass der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung deutschland- wie europaweit endlich die notwendige Priorität eingeräumt wird. Als „positives Signal" wertet der Verband, dass die 95. Umweltministerkonferenz eine Sondereinsatzgruppe Recyclateinsatz (RESAG) beschlossen hat. Diese Sondereinsatzgruppe soll unter Einbindung der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) auf Leitungsebene, unter Beteiligung einer ausgewählten Vertretung aus Wirtschaft, der Wirtschaftsministerien, aus der privaten und kommunalen Entsorgungswirtschaft, des Handels und der Wissenschaft und möglichst der Stiftung Zentrale Stelle Verpackungsregister binnen zwölf Monaten die Fragen zur „Förderung des Recyclatmarktes" analysieren. Unter Hinzuziehung der entsprechenden Studie des Umweltbundesamtes sollen möglichst rasche Lösungen erarbeitet und der Umweltministerkonferenz vorgelegt werden.

Snell: „Wenn unsere Expertise gefragt ist, werden wir uns hier intensiv einbringen. Es muss jedem klar sein, dass nun konkrete Umsetzungsschritte erforderlich sind, um die Kreislaufwirtschaft ganz praktisch umzusetzen."

Enttäuscht zeigt sich der bvse vom Referentenentwurf zur Novelle der Bioabfallverordnung. Das BMU setzt hier auf die Einführung eines Fremdstoff-Kontrollwertes vor der Zuführung des Materials in die biologische oder hygienisierende Behandlungsstufe. Verpflichtet zur Einhaltung des Kontrollwertes werden einseitig die Behandlungsanlagen. Nach Auffassung des stellvertretenden Vorsitzenden des bvse-Fachverbands Ersatzbrennstoffe, Altholz und Biogene Abfälle, Bernd Jörg, setzt der Referentenentwurf den Hebel zu spät an. Qualität beginne bereits mit der Bioabfallerfassung.

Schon heute betrieben die Anlagen einen hohen Aufwand zur Qualitätssicherung, denn die Anforderungen an die stoffliche Verwertung wurden bereits Schritt für Schritt vom Gesetzgeber angehoben. Wie gut dies gelingt, hänge allerdings entscheidend von der Sortenreinheit des Materials ab, das ihnen angeliefert wird. Die Sammlung sei der erste entscheidende Schritt für eine hochwertige Abfallverwertung.

### Technische Grenzen

Nach Meinung des Fachexperten versucht das BMU mit seinem Entwurf das Pferd von hinten aufzuzäumen. Bei hohen Fremdstoffeinträgen im Input stießen die Anlagen aber an technische Grenzen. Es bestehe die Problematik, dass sich Fremdstoffe im frischen, also feuchten bzw. nassen, angelieferten Bioabfall technisch nicht effizient abtrennen lassen. Daher hatte sich der bvse bereits im Vorfeld dafür ausgesprochen, Anforderungen an die Bioabfallerfassung zu formulieren und maximale Fremdstoffgehalte für die Anlieferung zur Anlage festzulegen.

„Allein darauf zu setzen, dass der Annahmepreis die Qualität des gesammelten Bioabfalls verbessern wird, ist spekulativ", betont Jörg. Zwar würden auch die Sammler im Entwurf aufgefordert, Bioabfälle so zu erfassen, dass eine Einhaltung des Kontrollwertes zur biologischen Stufe möglich wird, allerdings ließen sich konkrete Verpflichtungen daraus nicht ableiten. **DK**

## GZ ZU GAST BEI ...

**Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?**
*Den Bezirk Oberfranken mit ca. einer Mio. Einwohnern.*
**Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?**
*Am 8. November 2018.*
**Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?**
*Um Menschen bei ihren großen, aber auch kleinen Problemen helfen zu können.*
**Wie haben Sie sich vorbereitet?**
*Ich war schon immer politisch interessiert. Als CSU-Kreisvorsitzender in Kulmbach, früheres Mitglied im Landtag, langjähriger Bezirksrat und durch mein kommunalpolitisches Spitzenamt als Oberbürgermeister der Stadt Kulmbach konnte ich viel lernen.*

**Henry Schramm**

**Bezirkstagspräsident Oberfranken; MdL a.D.**

**Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?**
*Mich erwartete ein breites Aufgabenspektrum. Vor allem liegt mir am Herzen, die dringend notwendigen Investitionen in den Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken voranzubringen.*
**Welche Themen beschäftigen Sie momentan?**
*Zum einen die baulichen Herausforderungen unserer Kliniken und zum anderen die Umstrukturierungen aufgrund neuer Aufgaben in der Verwaltung. Auch die Auswirkungen der Corona-Krise gilt es zu meistern.*
**Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?**
*Dass der Bezirk als verlässlicher Dienstleister für Menschen mit weniger Glück im Leben auch von der Allgemeinheit wahrgenommen wird und dass unsere Kliniken in einem den modernen Erkenntnissen entsprechenden Zustand sind.*
**Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?**
*Es ist wichtig, Probleme und Aufgaben anzugehen und diese voranzutreiben, um damit den Menschen zu helfen.*
- *Verwechsle Schulterklopfen nicht mit Freundschaft und Loyalität.*
- *Du kannst es nicht jedem recht machen.*
- *Erwarte kein „Danke“.*
- *Vergiss dich nicht selbst.*
- *Es kommt oft nicht darauf an, was du machst, sondern was daraus gemacht werden kann.*

**Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?**
*Wir haben regelmäßige Abstimmungstermine und führen fortlaufend Gespräche mit dem Personalrat und den politischen Vertretern. Hierbei ist der Austausch von transparenten Informationen von großer Bedeutung. Mit unserer Öffentlichkeitsarbeit und insbesondere den Social-Media-Kanälen erfahren unsere Bürgerinnen und Bürger tagesaktuell von unserer Arbeit. Außerdem finden wir für die Menschen, die sich bei Problemen jederzeit persönlich oder schriftlich an uns wenden können, wenn immer möglich durch Gespräche und Austausch von Argumenten oft zeitnah eine Lösung.*
**Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?**
*Sehr viel, denn die Corona-Pandemie hat einen maßgeblichen Schub im Bereich der Digitalisierung ausgelöst. Der Umgang mit Technik und die Arbeit in den sozialen Medien ist inzwischen Standard geworden. Diese Art der Kommunikation geht auch an der Kommunalpolitik nicht vorbei.*
**Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?**
*„Leben und leben lassen.“ und „Der frühe Vogel fängt den Wurm.“*
**Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?**
*Ich würde mich freuen, wenn die Menschen einmal sagen würden: „Der Schramm hat schon gepasst, der hat sein Zeug gemacht!“* ❐

*LEADER-Förderbescheid für Münchsmünster:*

# Bürgermeister Meyer erhält 15.000 Euro für Sportstättenentwicklungsplan

**Der Zuwendungsbescheid für das Projekt „Kooperativer Sportstättenentwicklungsplan Münchsmünster“ wurde nun offiziell – aufgrund der Coronapandemie online – von Agnes Stiglmaier, LEADER-Koordinatorin des AELF Ingolstadt, und der LAG-Managerin des Landkreises Pfaffenhofen, Carmen Glaser, an Heidi Schwendner, Kämmerin der Gemeinde Münchsmünster, übergeben.**

Wie viele Sportstätten braucht Münchsmünster“, dieser Frage geht der „Sportstättenentwicklungsplan Münchsmünster“ nach. Auf Grundlage einer Bestandsaufnahme aller bereits vorhandenen örtlichen und überörtlichen Angebote und einer Bedarfsanalyse wird ein detailliertes Konzept für eine nachhaltige, zukunftsorientierte Entwicklung der Sportstätten in der Gemeinde Münchsmünster entwickelt.

### Bewegungsräume für alle Menschen mit Blick auf das überregionale Angebot

Ziel des Sportstättenentwicklungskonzepts ist die Schaffung vielfältig nutzbarer, attraktiver, konzentrierter und am lokalen Sportbedarf orientierter Bewegungsräume für alle Menschen mit unterschiedlichen Interessen und jeden Alters unter Einbeziehung des überregionalen Angebotes. Aus den Ergebnissen, das von der Lokalen Aktionsgruppe Landkreis Pfaffenhofen e.V. (LAG) mit rund 15.000 Euro geförderte Projekt, könnten auch Rückschlüsse für andere Kommunen gezogen werden.

### Dank den Mitarbeitern

Bürgermeister Andreas Meyer freut sich über das zweite LEADER-Projekt in seiner Kommune und bedankt sich bei Kämmerin Schwendner und den LAG-Mitarbeiterinnen: „Nachdem der Hollerhof Münchsmünster für die Gestaltung der Außenanlagen mit rund 180.000 Euro gefördert wird, wurde über Leader nun auch das gemeindliche Sportentwicklungskonzept positiv beurteilt. Hier erhält die Gemeinde Münchsmünster einen Betrag in Höhe von rund 15.000 Euro. Mein Dank geht hier an die zuständigen Mitarbeiter Frau Glaser und Schuler sowie an Gemeindekämmerin Frau Schwendner für die gelungene Zusammenarbeit.“ ❐

Bürgermeister Andreas Meyer mit dem Bewilligungsbescheid vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) in Ingolstadt.
Bild: Gemeinde Münchsmünster

*Zauberhaftes Zeichen in Lichtenfels:*

# Spende an Verein zur Förderung Behinderter e.V.

**Landrat Meißner: Künstler in Not unterstützen**

**Mit ihrer Spende haben sie nicht nur Landrat Christian Meißner, ein Lächeln ins Gesicht gezaubert: Einen Scheck über 501,28 Euro für den Verein zur Förderung Behinderter e.V. überreichten zwei Zauberer aus dem Landkreis Lichtenfels, der „Zauberer Markus“ (alias Markus Sperber aus Görau) und „Mark von Hannover“ (alias Markus Lieke aus Michelau) an den Landrat als Vorsitzenden des Vereins.**

Zusammengekommen war die Summe im Rahmen einer Online-Zaubershow, die „Zauberer Markus“, ausgezeichnet mit dem Hasini Award 2019 und Vorsitzender des „Magischen Zirkel – Zauberfreunde Bamberg“, Ende Dezember organisiert hatte. Rund 13 Zauberkünstler aus Deutschland und Dänemark verzauberten mit ihren Tricks online mehr als 600 Zuschauer*innen. Statt eines Honorars baten sie um Spenden für einen guten Zweck, um Kindern eine Freude machen zu können, erläutert der Initiator. „Wir Zauberer freuen uns, dem Verein zur Förderung Behinderter e.V. Lichtenfels einen kleinen Beitrag spenden zu können, um die tollen Projekte zu unterstützen, die er macht“, sagen Markus Sperber und Markus Lieke zu den Beweggründen.

### Lockdown trifft Künstler hart

Landrat Christian Meißner sagte beiden sowie allen Künstlern, die sich bei dem Projekt mit eingebracht haben, und den Zuschauer*innen ein herzliches Dankeschön für die Spendenbereitschaft. „Dieses Engagement und diese Spende sind umso höher einzuschätzen, als der Lockdown insbesondere Künstler*innen sehr hart trifft. Viele müssen durch die Absage von Auftritten und Veranstaltungen infolge der Pandemie-Beschränkungen um ihre wirtschaftliche Existenz bangen“, stellte der Landrat heraus. Die Spendenübergabe gebe gleichzeitig Anlass, auf die aktuell sehr schwierige Situation der Künstler*innen aufmerksam zu machen. Er rief dazu auf, diese nach Möglichkeit zu unterstützen.

### Kaum Auftritte und keine Einkünfte

„Wir sind nicht unterzuckert, sondern ‚unterzaubert‘“, scherzte „Zauberer Markus“ und berichtete über die Entwicklung im vergangenen Jahr: Sei das Jahr 2020 zunächst gut angelaufen, mussten infolge von Pandemie und Lockdown nach und nach alle Auftritte abgesagt werden. Er wie sein Kollege „Mark von Hannover“ könnten sich glücklich schätzen, denn sie „zauberten nur im Nebenerwerb“, aber: „Mir tun meine Kolleg*innen leid, die hauptberuflich davon leben, und von heute auf morgen keinen Auftritt und keinerlei Einkünfte mehr hatten. Viele leben von ihren Ersparnissen oder mussten Arbeitslosengeld beantragen. Denn leider funktioniert das mit den staatlichen Hilfen nicht so wirklich“, weiß der Görauer Zauberer.

Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ein Großteil der Magier und Zauberer inzwischen auch online ihre Künste anbieten und gebucht werden können: „So können sich die Leute die Show via Computer oder Tablet einfach nach Hause ins Wohnzimmer holen. Das geht ganz einfach.“

Um seine Kollegen zu unterstützen und ihnen Mut zu machen, hat Markus Sperber einen Online-Künstlertreff gegründet. War es zunächst eine Idee, um sich mit den Zauberfreunden aus Bamberg zu treffen, so hat sich das Projekt ausgeweitet: „Jetzt sind wir meist zwischen 30 und 60 Zauberer aus ganz Deutschland, Österreich, Dänemark und der Schweiz, die sich alle 14 Tage über Zoom zu einem gemütlichen virtuellen Zaubertreffen zusammenfinden. Hier üben wir Kunststücke, Griffe, besprechen alles Mögliche, tauschen uns gegenseitig aus und geben Hilfestellungen bei Fragen, Problemen zu neuen Kunststücken. Es sind großartige Freundschaften entstanden, die es ohne Corona nicht geben würde“, berichtet der heimische Zauberer.

Im Chat mit den Kolleg*innen entstand im Herbst 2020 auch die Idee, eine Online-Zaubershow anzubieten, erzählt Markus Sperber weiter. „So können wir den Zuschauern in diesen schwierigen Zeiten etwas Schönes direkt ins Wohnzimmer zaubern – live und virenfrei.

Am 21. Februar um 17 Uhr gibt es eine weitere Show und für diese haben sich die Zauberer ein besonderes „Zuckerl“ ausgedacht: Sie verschenken 50 kostenlose Zugänge zu der Show.

Wer teilnehmen möchte, erfährt mehr auf der Internetseite von Zauberer Markus: www.zuchinizauber.de oder unter www.mark-von-hannover.de. ❐

*Landkreis Lindau:*

# Kostenlose Seminarreihe für Vereinsvorstände

**Bitte von Landrat Stegmann: „Bleiben Sie Ihrem Verein in dieser schweren Zeit treu!“**

**25 Vereinsvorstände haben sich von September bis Dezember in der sechsteiligen Seminarreihe „Vereinsführerschein“ weitergebildet. Die Resonanz der Teilnehmer war durchweg sehr positiv. Die ersten zwei Termine fanden noch als Präsenzveranstaltung statt, anschließend ging es digital weiter.**

Es hatten sich so viele interessierte Vereinsvorstände angemeldet, dass diese ab Januar zum zweiten Mal durchgeführt wird. Die Teilnehmer kommen aus den unterschiedlichsten Bereichen: u.a. Feuerwehr, Sportvereine, Trachten- und Musikvereine, Heimat- und Museumsvereine, Helferkreise sowie Gartenbau- und Zuchtvereine.

### Unterstützung durch Vereinsführerschein

„Es ist uns bewusst, dass das Vereinsleben besonders unter den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie leidet. Umso mehr freue ich mich, dass wir die Vereine mit dem Vereinsführerschein bei ihrer Arbeit unterstützen können“, betont Landrat Elmar Stegmann. „Wir schätzen unsere Vereine. Sie übernehmen eine Vielzahl sozialer, kultureller, sportlicher und gesellschaftlicher Aufgaben, die sonst entweder gar nicht oder mit hohem Aufwand geleistet werden müssten. Sie halten unsere Gesellschaft zusammen.“ Seine Bitte an alle Bürgerinnen und Bürger ist, weiter durchzuhalten und ihrem Verein in dieser Zeit treu zu bleiben.

Vereine sind heute aber auch ohne Pandemie vor große Herausforderungen gestellt. Immer mehr Vorschriften und bürokratische Hürden einerseits sowie die steigenden Erwartungen in der Öffentlichkeitsarbeit erschweren die tägliche Arbeit. So haben einzelne Vereine bereits Schwierigkeiten, Führungspositionen neu zu besetzen. Teilweise wissen potentielle Kandidaten für ein Vorstandsamt nicht, was auf sie zukommt und was sie beachten müssen. Vor diesem Hintergrund hat der Landkreis Lindau im vergangenen Jahr erstmals erfolgreich den „Vereinsführerschein“ angeboten. Der erfahrene Vereinsberater Karl Bosch führt die Teilnehmer durch rechtliche Themen, wie Haftungs- und Versicherungsfragen, Vereinssteuerrecht und Mitgliederversammlung, Jugendschutz, Motivation von Mitgliedern oder auch Sprechen vor Menschen und Konfliktlösung. Das Angebot soll den Teilnehmern Sicherheit geben und Vorbehalte in Bezug auf die Übernahme eines Ehrenamtes nehmen. Die Seminarreihe ist für Vereine im Landkreis Lindau kostenlos. ❐

## Smarte Modellregion NordAllianz

**Eching, Garching, Hallbergmoos, Ismaning, Neufahrn, Oberschleißheim, Unterföhring und Unterschleißheim sind vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr als Modellprojekt „Smart Cities Smart Regions“ ausgewählt worden.**

Im Rahmen des Modellprojektes bekommt die NordAllianz als eine von insgesamt 12 Modellregionen in Bayern die Gelegenheit, eine interkommunale Digitalisierungsstrategie in den Themenfeldern „Städtebau“ und „Mobilität der Zukunft“ zu entwickeln.

Die Strategie wird über einen Zeitraum von knapp 2 Jahren in einem partizipativen Prozess unter Einbindung verschiedener Akteure und Zielgruppen aus der Region entwickelt. Ziel ist es, die Chancen der Digitalisierung sinnvoll zu nutzen. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

**Herausgeber:**
Landrat Stefan Rößle

**Redaktion:**
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

**Ständige Mitarbeiter:**
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Anzeigen- und Vertrieb:**
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

**Veranstaltungen:**
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

**Erscheinungsweise:**
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

**Jahresbezugspreis Inland:**
€ 76,10 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:**
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Zeitungen:**
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

**Kündigung:**
zwei Monate vor Jahresende
schriftlich an den Verlag

**Verlags- und Geschäftsleitung:**
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

**Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:**
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

**Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:**
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

**Druck und Auslieferung:**
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

*Region Regensburg:*

# Ideensammlung für gemeinsames Entwicklungskonzept

**Landrätin Tanja Schweiger und Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer sowie politische Vertreter aus Stadt und Landkreis Regensburg trafen sich im Januar online zur zweiten „Auftraggeber-Werkstatt", dem nächsten Schritt zur Erarbeitung eines gemeinsamen Entwicklungskonzeptes für die Region Regensburg. Es soll sowohl Wegweiser für regionale themenspezifische Konzepte und Programme sein als auch ein übergeordnetes Leitbild für die Region Regensburg bis zum Jahr 2040 bilden. Gemeinsame Ziele und Maßnahmen der Region stehen dabei stets im Kontext der Eigenständigkeit und Planungshoheit der einzelnen Kommunen.**

Eingeladen zur zweiten Auftraggeber-Werkstatt waren Mitglieder des seit 2008 eingerichteten Stadtumlandgremiums „Arbeitsgemeinschaft Lebens- und Wirtschaftsraum Regensburg": Fraktionssprecher des Kreistages, Bürgermeister der 41 Landkreiskommunen sowie alle Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung, Verkehr und Wohnungsfragen der Stadt Regensburg. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des digitalen Treffens knüpften an die Ergebnisse der ersten „Auftraggeber-Werkstatt" vom Februar 2020 an. Dort waren grundsätzliche Fragen zu Inhalt, Methodik und Zeitplan des Prozesses geklärt sowie mögliche Handlungsfelder definiert und priorisiert worden. Darauf aufbauend erfolgte nun in der zweiten „Auftraggeber-Werkstatt" in sechs virtuellen Arbeitsgruppen eine Diskussion der Handlungsfelder und die Entwicklung von ersten Handlungsansätzen und Maßnahmen. Moderiert von dem unterstützenden Büro B.A.U.M. Consult aus München wurden Ideen und Ansatzpunkte für die zukünftige Entwicklung der Region Regensburg definiert. Gegenstand der Diskussion waren sämtliche Handlungsfelder des Entwicklungskonzepts und deren inhaltliche Verknüpfungen.

### Nächste Schritte

In den nächsten Prozessschritten, die für das Frühjahr 2021 geplant sind, werden die bisherigen Ergebnisse in den kommunalen Entscheidungsgremien sowie im Rahmen einer Bürgerbeteiligung – situationsbedingt digital und/oder vor Ort – vorgestellt, diskutiert und verfeinert. Ebenso werden ab Mitte 2021 regionale Fachverbände und Interessensvereinigungen, Bürgerinitiativen, Vereine, Netzwerke, und lokale Fachexperten im Rahmen von Experten-Workshops inhaltlich in den Prozess eingebunden. Zeitliches Ziel ist es, das Entwicklungskonzept für die Region Regensburg Ende dieses Jahres präsentieren zu können.

Ansprechpartner der Verwaltung:

Stadt Regensburg: Anton Sedlmeier, Leiter des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtentwicklung@Regensburg.de

Landkreis Regensburg: Maria Politzka, Leiterin des Sachgebietes Wirtschaft, Regionalentwicklung und Tourismus, regionalentwicklung@lra-regensburg.de ❐

Archivbild von der Auftaktveranstaltung im Februar 2020 zeigt Landrätin Tanja Schweiger und Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer mit Ludwig Karg, Geschäftsführender Gesellschafter des unterstützenden Büros B.A.U.M. Consult aus München. Bild: Beate Geier

*Stadt Würzburg:*

# Durchfahrtsschleuse soll Afrikanische Schweinepest eindämmen

**Während sich Deutschland auf die neuen Coronavirus-Mutationen vorbereitet, hat eine weitere Infektionskrankheit in den neuen Bundesländern Fuß gefasst. Immer mehr Wildschweine entlang der deutsch-polnischen Grenze erkranken an der Afrikanischen Schweinepest, nachgewiesen wurde dies an mittlerweile über 400 toten Tieren. Die Krankheit ist zwar für den Menschen ungefährlich, führt aber zu enormen wirtschaftlichen Folgen, wenn es nicht gelingt, die Weiterverbreitung zu stoppen.**

Sprunghafte Verschleppungen über mehrere 100 Kilometer sind keine Seltenheit. Die Stadt Würzburg möchte daher für einen möglichen Ausbruch im Stadtgebiet vorbereitet sein. Bereits im Jahr 2020 wurde entschieden, einen Wildabwehrzaun und eine Durchfahrtschleuse zu beschaffen. Während der Zaun in einem interkommunalen Gemeinschaftsprojekt mit vier weiteren Landkreisen in Angriff genommen wurde, erfolgte die Beschaffung der Durchfahrtschleuse in Eigenregie. Die Vergabe wurde in enger Kooperation zwischen dem Amt für Zivil- und Brandschutz und dem Fachbereich Verbraucherschutz, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung absolviert, so dass die Schleuse im Dezember in Empfang genommen werden konnte.

### Verschleppungsgefahr minimieren

Die Schleuse muss im Krisenfall in kürzester Zeit dort aufgebaut werden, wo die toten Tiere gesammelt werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Verschleppungsgefahr durch die zur Bergung der Körper eingesetzten Fahrzeuge minimiert werden kann. Die erforderliche Einweisung durch den Spezialisten der Fachfirma fand Ende Januar an der Feuerwehrwache des Amts für Zivil- und Brandschutz statt. Unter strenger Einhaltung der Vorgaben aus dem eigens dafür erstellten Hygienekonzept wurden die Spezialmannschaften der Veterinärämter, der Feuerwehr und des THW der Stadt und des Landkreises Würzburg in den einstündigen Aufbau eingewiesen. Getestet wurden auch die Nutzung und die Effektivität. Diverse Düsen und Lanzen verteilen den Desinfektionsschaum auf dem Fahrzeug, das nach einer kurzen Einwirkzeit wieder für die Nutzung zur Verfügung steht.

Die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest soll mit Hilfe einer Durchfahrtsschleuse eingedämmt werden. Dort werden die Fahrzeuge desinfiziert, die zur Bergung der toten Tiere eingesetzt werden. Bild: Christian Weiß

### Zusammenarbeit

Kommunalreferent Wolfgang Kleiner bedankte sich für die schnelle und erfolgreiche Umsetzung des Projekts, das neben Bergeteamschulungen, Zusammenstellen von Suchtrupps und Tierseuchenübungen vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz als substantiell für die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest gesehen wird. Harald Rehmann, der Leiter des Amtes für Zivil- und Brandschutz, bezeichnete das Projekt „als perfektes Beispiel für eine fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit".

### Kadaver melden

Bleibt zu guter Letzt der Wunsch des Veterinäramtsleiters, Dr. Lieven Pool: „Dass die Bevölkerung bei Spaziergängen in der freien Natur vorgefundene Wildschweinkadaver lediglich aus der Distanz betrachtet und dem Veterinäramt meldet." Die dazu passende App ist die „Tierfund-Kataster"-App. ❐

## GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...

„Ein neues Gespenst geht um in unserer Betroffenheitsgesellschaft: Greenwashing." Mein Chef, der Bürgermeister, war ziemlich ungehalten darüber, dass unseren Stadtwerken Greenwashing vorgehalten wurde, weil sie sich an einem Solarpark in der Region beteiligt haben.

Greenwashing oder Greenwash ist wieder so ein unklarer Anglizismus, der sich prächtig für Schmutzkampagnen und Verleugnungen, vor allem im Netz eignet. Würde man das schöne deutsche Sprachbild „sich ein grünes Mäntelchen umhängen" benutzen, wäre gleich viel klarer, dass es sinnvoll ist zu unterscheiden, ob sich ein Unternehmen bemüht, auf ökologischere und nachhaltigere Geschäftsmodelle zu setzen oder ob es nur darum geht, der Öffentlichkeit durch den

**Ernsthaft nachhaltig**

Verweis auf Nebenkriegsschauplätze ökologisches Bewusstsein vorzugaukeln – so die eigentliche Bedeutung von Greenwashing.

Man kann sich sicherlich lange und ausgiebig darüber streiten, wo die Grenze zwischen beidem verläuft. Beispiel Plug-in-Hybride als Dienstwagen oder in der Fahrbereitschaft. Klar, wenn jemand einen Plug-in-Hybrid als Dienstwagen erhält, der im Grunde nur lange Überlandfahrten zu absolvieren hat, dann wäre der Umwelt mehr geholfen, wenn er einen sauberen Diesel oder sparsamen Benziner fahren würde. Wenn aber der durchschnittliche Aktionsradius innerhalb der gut 40 bis 50 Kilometer bleibt, die man Hybride rein elektrisch fahren kann und wenn neben der Tankkarte auch noch der Ladestrom vom Betrieb finanziert wird, ist eine Hybrid-Flotte kein Greenwashing, sondern ein sinnvoller Beitrag zur Luftreinhaltung.

Natürlich wäre es auch besser, wenn man weniger geschäftlich oder privat fliegen würde. Aber wenn man es muss oder will, kann man bei vielen Airlines seinen CO2-Fußabdruck kompensieren, indem ein Ticketaufschlag erhoben wird, der in Aufforstungsprojekte im Regenwald fließt. Ist das „nur" ein grünes Mäntelchen? Nein, es ist die Alternative zwischen nur fliegen mit dem Schnäppchenticket und fliegen mit dem Schnäppchentickt plus einem konkreten Beitrag zum Schutz oder zur Regenerierung des Regenwaldes.

Auch bei den Stadtwerken oder anderen Kommunalunternehmen muss man immer fragen, wie ernst es mit der Hinwendung zu ökologischen und nachhaltigen Modellen wirklich ist. Kein städtischer Versorger kann von heute auf morgen aus der konventionellen Stromerzeugung aussteigen, will er nicht die Versorgungssicherheit gefährden.

Aber er ist auf dem richtigen Weg, wenn er peu à peu in nachhaltigere, nichtfossile Stromerzeugung einsteigt. Kein Busbetrieb kann von heute auf morgen seine Dieselbusse verschrotten und auf Elektrobusse umsteigen. Aber wenn Elektro auch in den Fuhrpark nach und nach integriert wird, sind die Signale richtig gestellt.

Leider aber haben wir es mit einer zum Teil hysterischen, dafür aber umso artikulationsfähigeren Verbands- und Aktivistenszene zu tun, die auf dem Altar des Umwelt-, Klima- oder Naturschutzes alles und vor allem alles auf einmal opfern will. Natürlich ist der Mensch der größte Feind der Umwelt, wenn man diese in ihren ursprünglichen Zustand zurückbefördern will. Aber seit der Mensch vom bloßen Jäger und Sammler zum Ackerbauern und Viehzüchter, zum Städtegründer und Handwerker wurde, gestaltet er die Umwelt. Da gab es immer wieder mal Fehlentwicklungen, die zu korrigieren waren und immer noch sind, aber wir werden als homo sapiens die Welt immer gestalten und umgestalten. Und beides sind Prozesse, die Zeit brauchen. Entscheidend ist doch, dass wir heute die Weichen für die Zukunft richtigstellen. Deshalb sollte auch der Vorwurf des Greenwashings nur noch diejenigen treffen, die ihre schmutzigen Geschäfte grün bemänteln und nicht diejenigen, die ein ernsthaftes Umsteuern anstreben.

Mein Chef, der Bürgermeister, schluckt seinen Ärger über die unberechtigten Vorwürfe erst mal runter und will mit Sachinformationen zur Nachhaltigkeitsstrategie der Stadtwerke in die Öffentlichkeit gehen. Getreu dem Motto des großen Journalisten Gerd Bacher: „Ein Gramm Information wiegt schwerer als tausend Tonnen Meinung".

Ihre Sabrina

*Klimabildung im Landkreis Ebersberg:*

# Stadt Grafing erwirbt zehn Klima-Kita-Boxen

**Spielerisch lernt es sich am besten – das gilt auch in der Klimabildung. Und weil es sinnvoll ist, wenn junge Menschen schon früh ein Bewusstsein für die Umwelt entwickeln, bietet die Energieagentur Ebersberg-München mit der Klima-Kita-Box eine Sammlung kindergerechter Lernspiele an. Als erste Kommune im Landkreis Ebersberg hat jetzt die Stadt Grafing gleich zehn der Boxen erworben. Möglich wurde das auch dank einer Spende.**

„Es ist vor allem das kompakte System, das uns überzeugt hat", sagt Christina Spiegel. Aus Sicht der Klimaschutzmanagerin der Stadt Grafing sollten Lernspiele schnell verständlich sein und trotzdem viel Abwechslung bieten. Ein Wunsch, den die Klima-Kita-Box der Energieagentur Ebersberg-München aus Sicht der Gemeinde erfüllt: „Die zehn enthaltenen Lernspiele sprechen sehr unterschiedliche Sinne an. Sie sind intuitiv, lassen sich jederzeit in den Kita-Alltag integrieren und helfen den Kindern, den Klimawandel und seine Auswirkungen zu begreifen."

### Verständnis für ökologische Zukunft

Ein Konzept, von dem auch Helmut Hampel und Maximilian Singer begeistert waren. Die beiden Geschäftsführer der Großmarkt Singer GmbH spendeten einige der Klima-Kita-Boxen und verhalfen der Stadt Grafing dazu, gleich alle Kitas auf einen Schlag ausstatten zu können. „Ich habe selbst fünf Enkelkinder und möchte, dass sie frühzeitig ein Verständnis für eine ökologische Zukunft entwickeln ", erklärt Helmut Hampel seine Motivation, bei dem Erwerb der Boxen zu helfen.

Darin enthalten sind nicht nur die zehn Lernspiele, sondern auch die Unterstützung der Kitas beim ersten Einsatz der Boxen in den Einrichtungen. Dafür setzt die Energieagentur Ebersberg-München auf zwei Säulen: In einem Workshop werden Erzieherinnen und Erzieher mit dem Inhalt der Boxen vertraut gemacht und dank kurzer Erklärvideos, die mit der Box mitgeliefert werden, können die Anleitungen jederzeit noch einmal angeschaut werden.

Die Unterstützung durch die Energieagentur sieht auch einen Austausch über die Erfahrungen der Erzieherinnen und Erzieher im Umgang mit der Klima-Kita-Box vor. So tragen sie selbst zur Qualitätssicherung der Lernspiele bei. ❐

V.l.: Helmut Hampel und Max Singer, Großmarkt Singer GmbH; Marion Eder und Angelika Bachmann, Energieagentur Ebersberg München gGmbH; Christian Bauer, Erster Bürgermeister, und Christina Spiegel, Klimaschutzmanagerin Stadt Grafing Bild: Energieagentur Ebersberg-München gGmbH

# Einst das Kummet, heute YouTube

**Bezirk Unterfranken legt progressives Eckpunktepapier zur Kulturarbeit in der Region vor**

**Der Bezirk will in puncto Kultur neben Traditionellem verstärkt Progressives fördern: Dies geht aus einem „Eckpunkteprogramm" hervor, das im Kulturausschuss des Bezirkstags vorgestellt wurde. Die ambitionierten Kulturziele beißen sich leider mit der prekären Haushaltslage, wird Kultur in Unterfranken doch durch eine bezirkseigene Stiftung finanziert. Die warf früher einmal 13 Millionen Euro ab. Heuer wird nur noch die Hälfte ausgeschüttet.**

Inklusion steht ganz oben auf der neuen kulturpolitischen Agenda des Bezirks. Menschen, die im Rollstuhl sitzen, die blind sind, nicht hören können oder Leichte Sprache benötigen, soll Kunst und Kultur in Zukunft barrierefreier zugänglich sein. Wie Inklusion im Museumsbereich funktionieren kann, zeigt der Bezirk im bezirkseigenen Graf-Luxburg-Museum, das nunmehr neu konzipiert wurde.

„Die gewonnenen Erkenntnisse sollen für die anderen unterfränkischen Museen durch Veranstaltungen, Fortbildungen und die Teilnahme an Netzwerken erfahrbar und nutzbar gemacht werden", heißt es in den neuen kulturpolitischen Leitlinien.

Wie Klaus Reder, Chef der bezirklichen Kulturabteilung, betonte, legt der Bezirk mit dem Eckpunktepapier ein anspruchsvolles Programm vor. Das Programm reagiert auf vielfältige neue Entwicklungen. Zum Beispiel auch auf den Trend zur Säkularisierung. „Immer weniger BezirksbürgerInnen sind Mitglied einer christlichen Kirche", wird im Papier konstatiert. Kirchen stünden als Folge leer. Zu den neuen Aufgaben der Kulturarbeit gehöre es in Zukunft deshalb auch, mit der Diözese sinnvolle Nachnutzungen kirchlicher Gebäude zu finden.

Das „kulturelle" Erbe, stellt das Papier klar, umfasst nicht nur den Zeitgeist vergangener Epochen. Kultur wird als „gestaltbar" begriffen. Was im 21. Jahrhundert heißt: Kultur benötigt Digitalisierung, und auch Digitales ist Kultur. Konkret wird darüber nachgedacht, YouTube-Filme zu Trachtenthemen ins Netz zu stellen. Die von der Bezirksheimatpflege konzipierte Wanderausstellung „woher|wohin" wird durch eine Social-Media-Aktion ergänzt. Im Johanna-Stahl-Zentrum werden Online-Datenbanken aufgebaut, z.B. zur Erinnerungskultur oder zu jüdischen Familien in Franken.

### *Kulturgut Sprache*

Zwei Bezirksräte von AfD und CSU gingen auf Distanz zur sprachlichen Formulierung des Papiers, wiewohl sie die Leitsätze inhaltlich mitttragen. Das löste im Bezirkstag eine Debatte zum „Kulturgut Sprache" aus. Die Bezirksheimatpflege steht zur Verwendung von Anglizismen, gerade wenn es um Ausdrücke aus der EDV geht, etwa „online" oder „Relaunch". Auch wird im Papier bewusst das „Binnen-I" etwa bei „MusikerInnen" verwendet. Sprache, machte Reder klar, verändert sich. Neue Worte tauchen auf, andere verschwinden: „Auch die bäuerliche Welt des 19. Jahrhunderts hatte Fachbegriffe, die nicht übersetzt werden konnten, so ist und bleibt ein ‚Kummet' ein ‚Kummet'."

Die Welt, in der wir heute leben, ist nun mal völlig anders als jene vor 100 Jahren. Genau darauf will der Bezirk verstärkt reagieren. Das neue Kulturprogramm bezieht deshalb explizit auch Migranten und Geflüchtete ein, etwa beim BandCamp der bezirklichen Popularmusik. Mit 15.000 Euro wird das unterfrankenweit einmalige, musikpädagogische Projekt „Willkommen mit Musik" unterstützt. Kinder aus Flüchtlingsfamilien, deren Eltern sich keine Musikschule leisten könnten, erhalten von professionellen Musikpädagogen Gesangs- und Instrumentalunterricht zu günstigen Preisen.

Umgesetzt werden kann das ehrgeizige Eckpunktepapier nur dann, wenn die Kulturstiftung genug Geld abwirft. Um ausreichend Mittel zu haben, werden mehr und mehr Aufgaben aus der Stiftung in den hauptsächlich von den Umlagezahlern finanzierten Bezirkshaushalt verlagert. Auch greift der Bezirk seine Rücklagen an. Dennoch reichen die Erträge nach aktuellen Prognosen nur noch bis 2024, um alles, was bisher gefördert wurde, weiterhin zu finanzieren. Es soll aber nach neuen Lösungen gesucht werden, versprach Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel: „Wir denken quer und längs und versuchen alles, um ein verlässlicher Partner für die Kultur zu bleiben."

**Pat Christ**

## Vorschau auf GZ 5

**In unserer Ausgabe Nr. 5, die am 4. März 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:**

- **Kommunale Energiethemen**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Kommunale Museen und Bibliotheken**
- **Handwerkliche Dienstleistungen**
- **Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude**

Eva Eichhorn und Lambert Zumbrägel von der Stadtbücherei testen ihre Neuerwerbung für die „Bibliothek der Dinge" in der Stadtteilbücherei am Hubland. Bild: Danijel Katic

# Leihen statt kaufen

**Stadtbücherei und Universität kooperieren**

**Zu oft Teures gekauft und nur sporadisch verwendet. Derartige „Dinge" nehmen nicht nur viel Platz ein; deren (Groß-)Produktion bedroht auch die begrenzten Ressourcen unserer Erde. Die Stadtbücherei Würzburg hat sich „Bibliothek der Dinge" des Goethe-Instituts in Bratislava zum Vorbild genommen und am Hubland ein neues Leihangebot eingeführt.**

Sobald die Stadtbücherei ihre Türen für das Publikum wieder öffnen darf, können neben der reichen Auswahl an Medien auch rund 100 Dinge ausgeliehen werden. Ob Nähmaschine, Akkuschrauber, Wanderstöcke, Jongliersachen, Fahrradtaschen, Bluetooth Lautsprecher, programmierbare Roboter, Spielkonsolen oder Leinwände: Es findet sich viel Nützliches.

Die Idee dahinter: Menschen zu befähigen, an den technischen Entwicklungen der Gesellschaft teilhaben zu können, die Gemeinschaft zu fördern und nicht zuletzt das Prinzip der Nachhaltigkeit zu unterstützen. Wer tauscht und teilt, wirft weniger weg. Um zu klären wie ein Leihangebot in Form einer "Bibliothek der Dinge" gestaltet sein sollte wurde an der Professur für Arbeits- und Organisationspsychologie der Universität Würzburg bereits eine entsprechende Studie durchgeführt. ❐

## GZ LIEFERANTENNACHWEIS

### Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

### Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

### Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

### Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

### Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

### Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

### Informationssicherheit / Datenschutz

DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

### Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

### Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

### Kommunale IT

www.AKDB.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

### Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

### Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

### Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
HYGIENISCH EINWANDFREIE WÄRMERÜCKGEWINNUNG

✓ 100 % Außenluft
✓ umluftfrei
✓ betriebssicher
✓ energieeffizient
Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:
+ keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
+ Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
+ kurze Amortisation, sicherer Betrieb
+ Neubau oder Sanierung im Bestand
+ Wegfall von Rückkühlwerken möglich
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

### Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Messenger-Dienste
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten – direkt auf Ihr Handy:

### Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

### Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!"
Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung
Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de